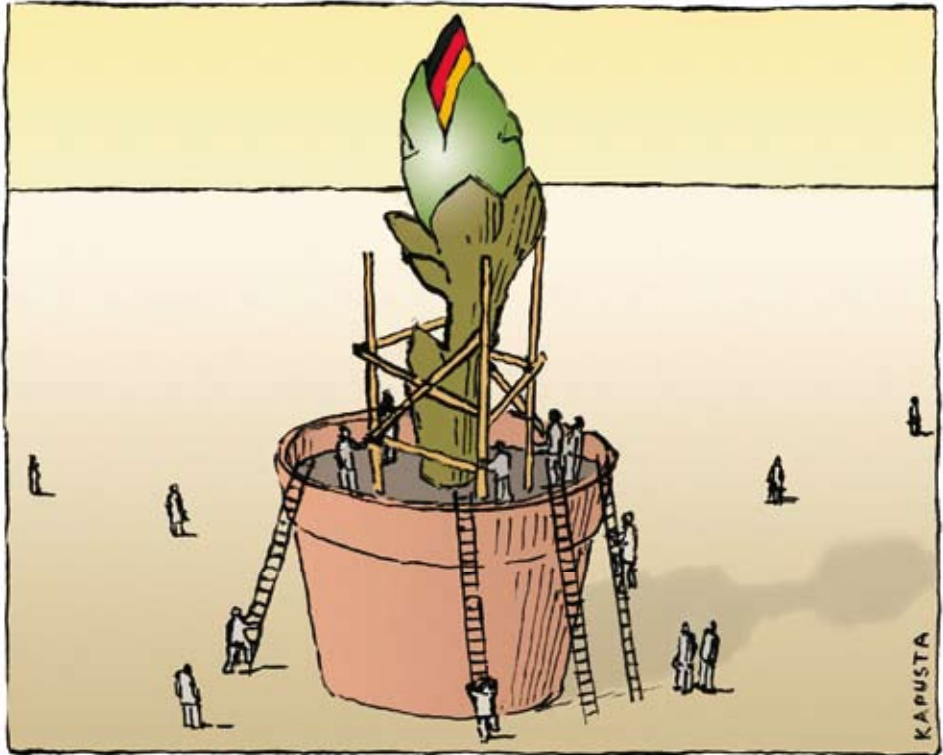


Deutsche Fragen

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken
mit dem Bankenverband Rheinland-Pfalz
und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz



**Wie schaffen wir
stabiles Wachstum für
mehr Beschäftigung?**



Wer Antworten auf die Herausforderungen von morgen sucht, muss heute die richtigen Fragen stellen. Diesem Gedanken folgt die Reihe „Deutsche Fragen“ des Bundesverbandes deutscher Banken. Beim 15. Symposium am 4. Dezember 2007 in Mainz ging es um die Frage: Wie schaffen wir stabiles Wachstum für mehr Beschäftigung? Es diskutierten (v. l. n. r.) Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Ulrich Pitkamin, Vorsitzender der Geschäftsführung der Boehringer Ingelheim Deutschland GmbH, Christoph Minhoff (Moderation), Programm-Geschäftsführer von Phoenix, Kurt Beck, MdL und Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, sowie Prof. Dr. Manfred Weber, Geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken.

Deutsche Fragen

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken
mit dem Bankenverband Rheinland-Pfalz
und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

**Wie schaffen wir stabiles Wachstum
für mehr Beschäftigung?**

Medienpartner:

Deutschlandfunk

Inhalt

Vorwort	6
<i>Prof. Dr. Manfred Weber</i>	
Den Aufschwung für Reformen nutzen	9
<i>Kurt Beck, MdL</i>	
Die politische Agenda für Wachstum und Beschäftigung	17
Diskussion	29
<i>Kurt Beck, MdL</i>	
<i>Ulrich Pitkamin</i>	
<i>Prof. Dr. Hans-Werner Sinn</i>	
<i>Prof. Dr. Manfred Weber</i>	
<i>Moderation: Christoph Minhoff</i>	
<i>Prof. Dr. Georg Krausch</i>	
Schlusswort	53
Kurzbiographien der Redner	58
Teilnehmer des Symposiums	61

Vorwort

Trotz konjunkturellem Rückenwind und eindeutiger parlamentarischer Mehrheiten sind in der aktuellen Legislaturperiode nur wenige wachstumsfördernde Reformen auf den Weg gebracht worden. Zwar wurden Fortschritte durch die Rente mit 67, die Reform der Unternehmenssteuer und – mit Nachbesserungsbedarf – auch durch die Abgeltungssteuer erzielt. Bei den Sozialversicherungen oder der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte besteht dagegen weiterhin Handlungsdruck.

In der Arbeitsmarktpolitik lassen die verlängerte Zahlung des Arbeitslosengeldes an ältere Beschäftigte und die sukzessive Einführung von Mindestlöhnen allerdings befürchten, dass die Politik – obwohl sich Erfolge abzeichnen – den Reformpfad bereits wieder verlassen hat. Dies ist umso problematischer, als die Erholung am Arbeitsmarkt kein Selbstläufer ist. Internationale Vergleiche verdeutlichen nach wie vor, wie wenig flexibel der gesetzliche Rahmen hierzulande ist. Auf anhaltende strukturelle Probleme weist zudem die hohe Zahl der gering qualifizierten Arbeitslosen sowie der gleichzeitige Fachkräftemangel hin. Vor diesem Hintergrund droht im nächsten zyklischen Abschwung erneut ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die Politik ist daher dringend gefordert, sich auf die Grundprinzipien einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik zu besinnen: Unternehmen und Bürger von Abgaben entlasten, Eigeninitiative fördern und öffentliche Haushalte weiter konsolidieren. Dies muss übrigens nicht nur Kürzungen bedeuten, sondern kann auch durch die Umschichtung der Ausgaben zugunsten von Bildung, Forschung, moderner Infrastruktur und Technologie erfolgen.

Welche Wirtschaftspolitik Wachstum stabilisieren und für mehr Beschäftigung sorgen kann, wurde beim 15. Symposium in der Reihe „Deutsche Fragen“ diskutiert. Dazu hatten der Bundesverband deutscher Banken gemeinsam mit dem Bankenverband Rheinland-Pfalz und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 4. Dezember 2007 nach Mainz eingeladen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Manfred Weber', written in a cursive style.

Prof. Dr. Manfred Weber
Geschäftsführender Vorstand
Bundesverband deutscher Banken

Den Aufschwung für Reformen nutzen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Abgeordnete,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Einen Jahresrückblick kann man gar nicht früh genug im Dezember ansetzen. Das ZDF hat dies schon Anfang Dezember getan und die „Menschen 2007“ präsentiert. Und auch ich möchte Ihnen drei große Augenblicke in Erinnerung rufen: Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einigen sich auf den Euro als gemeinsame Währung. Jürgen Klinsmann wird Fußballer des Jahres in England, und die Rhein-Zeitung in Koblenz etabliert als erste deutsche Tageszeitung eine Internetredaktion.

Richtig, meine Damen und Herren, Sie haben es gemerkt: Mit dem Jahr 2007 haben diese Ereignisse nichts, gar nichts zu tun. Sie fanden alle schon 1995 statt, vor zwölf Jahren also. Warum gerade 1995? Ich will Ihnen ein Gefühl dafür geben, wie viel Zeit es nach dem Einbruch der so genannten New Economy gekostet hat, um im gegenwärtigen Aufschwung bei der Zahl der Arbeitslosen wieder das Niveau von 1995 zu erreichen.

Und heute? „Konjunktur gut – alles gut“, um mit Franz Müntefering zu sprechen? Darauf allein zu setzen wäre fahrlässig, denn dann drohte die Arbeitslosigkeit im nächsten, ganz natürlichen Abschwung wiederum auf neue Rekordhöhen zu klettern. Die Zahl von 5,2 Millionen Arbeitslosen vom Februar 2005 könnte dann vielleicht sogar überschritten werden. Für 2008 fällt der konjunkturelle Ausblick zwar schwächer



*Prof. Dr. Manfred Weber,
Geschäftsführender Vorstand
des Bankenverbandes*

aus als 2007, aber doch nicht schwach. Das bedeutet konkret: Noch sind die Rahmenbedingungen günstig, und wir sollten sie nutzen, um jetzt die Weichen für stabiles Wachstum und damit dauerhaft mehr Beschäftigung richtig zu stellen.

Wie dies geschehen soll, das wollen wir bei unserem Symposium in der Reihe „Deutsche Fragen“ hier in Mainz erörtern, zu dem ich Sie herzlich willkommen heiße. Ganz besonders begrüße ich den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und SPD-Parteivorsitzenden, Herrn Kurt Beck. Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident, dass Sie heute bei uns

Noch sind die Rahmenbedingungen günstig. Nutzen wir sie, um die Weichen für stabiles Wachstum und dauerhaft mehr Beschäftigung zu stellen.

sind. Ich begrüße weiterhin Herrn Ulrich Pitkamin, Vorsitzender der Geschäftsführung der Boehringer Ingelheim Deutschland GmbH, Herrn Professor Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung in München, sowie den Moderator des heutigen Abends,

Herrn Christoph Minhoff, Programm-Geschäftsführer von Phoenix aus Bonn. Mein Dank gilt im Übrigen meinen Mitveranstaltern, vertreten durch Herrn Professor Georg Krausch, Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, und Herrn Heinz Höning, Vorsitzender des Vorstandes des Bankenverbandes Rheinland-Pfalz.

„Bei einem Wachstum von zwei Prozent hätten wir uns vor zwei oder drei Jahren vor Freude einen Kuchen gebacken“ – so Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am 25. Oktober 2007 im Deutschen Bundestag. Das gilt umso mehr, als sich dieses Wachstum im gegenwärtigen Aufschwung am Arbeitsmarkt stärker auswirkt als in früheren Konjunkturzyklen. Das Wirtschaftswachstum ist somit beschäftigungsintensiver geworden.

Entstanden im letzten Aufschwung um die Jahrtausendwende neue Arbeitsplätze erst ab einem Wachstum von ungefähr zwei Prozent, so ist dies jetzt bereits bei etwa einviertel Prozent Wachstum der Fall.

Möglich wurde dieser Fortschritt, weil die Unternehmen ihre betrieblichen Abläufe effizienter gestaltet haben, Tarifverträge durch Öffnungsklauseln flexibler wurden und sich die Lohnstückkosten dank der Politik der Gewerkschaften moderat entwickelt haben. Letzteres übrigens auch durch die Verlängerung der Arbeitszeit – Mehrarbeit sorgt also offenbar für mehr Beschäftigung.

Das Wirtschaftswachstum ist beschäftigungsintensiver geworden.

Des Weiteren sind verbesserte Einsatzmöglichkeiten von Zeitarbeitskräften zu nennen, und nicht zuletzt gehören die gekürzten Transferzahlungen an die Jobsuchenden hierzu, denn sie haben den Anreiz für die Arbeitsaufnahme erhöht. Im Ergebnis haben sich somit die Bedingungen am Arbeitsmarkt nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell verbessert. Dadurch ist es relativ rasch gelungen, eine große Zahl von Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. So weit die gute Nachricht.

Die schlechte Nachricht lautet: Die Wirkung all dieser Maßnahmen, all dieser Reformen schwächt sich ab. Sie würde sich selbst dann abschwächen, wenn die Rahmenbedingungen in ihrer jetzigen Form beibehalten würden, was aufgrund der jüngsten politischen Entscheidungen beziehungsweise Diskussionen ja durchaus fraglich scheint. 2008 ist die Marke von dreieinhalb Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt vielleicht noch zu erreichen. Dann aber, spätestens dann, haben wir es mit einer Sockelarbeitslosigkeit zu tun, die nur sehr schwer aufzubrechen sein wird.

Die Wirkung der bisherigen Reformmaßnahmen schwächt sich ab.

Daraus folgt meines Erachtens zweierlei. Erstens: Die erfolgreichen Maßnahmen am Arbeitsmarkt bilden allenfalls die Basis für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch immer viel zu hoch. Eine Reformpause oder gar ein Zurückdrehen der Reformen können und sollten wir uns nicht leisten.

Insofern ist der Regierungsbeschluss für die verlängerte Zahlung des Arbeitslosengeldes I ein Signal in die falsche Richtung. Und Vorstöße zur Einschränkung der Zeitarbeit und zu flächendeckenden Mindestlöh-

Eine Reformpause oder gar ein Zurückdrehen der Reformen können wir uns nicht leisten.

nen sind nach meiner Analyse nicht minder schädlich.

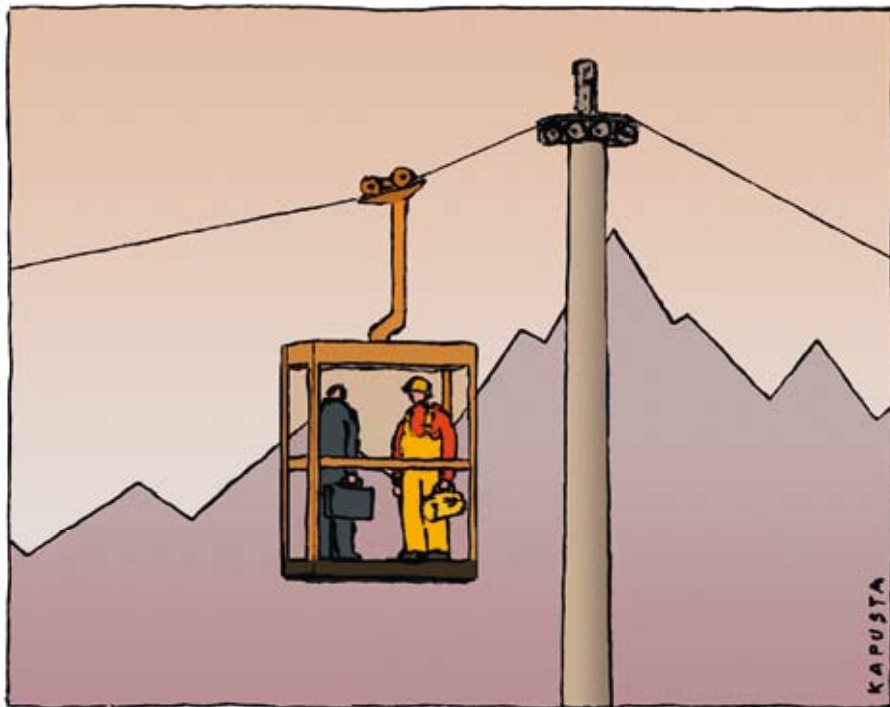
Zweitens: Um dauerhaft mehr Beschäftigung zu ermöglichen, müssen flankierend Strukturreformen auch in anderen Politikfeldern erfolgen. Das wäre für sich genommen ein abendfüllendes Thema. Ich will es bei ganz wenigen Stichworten bewenden lassen.

Zum Beispiel beim Stichwort „Bildungssystem“. Werden dort wirklich alle Mittel optimal eingesetzt? Was wir brauchen, ist eine größere Autonomie der Institutionen und letztlich der Wettbewerb von Ideen. Der Bankenverband engagiert sich beim Thema Bildung, speziell der öko-

Was wir brauchen, ist die Autonomie der Institutionen und der Wettbewerb von Ideen.

nomischen Bildung in Schulen, seit Jahren in besonderer Weise. Dieses Engagement ist uns eine Herzensangelegenheit. Aber wir brauchen Mithelfer, wir brauchen nicht zuletzt die Politik, die diese ökonomische Bildung in Form eines Schulfaches Wirtschaft an den Schulen etablieren sollte. Schließlich sind von wirtschaftlichen Vorgängen alle Bürger in der einen oder anderen Form betroffen.

*Allein auf gute Konjunktur zu setzen wäre fahrlässig,
denn dann droht die Arbeitslosigkeit im nächsten,
ganz natürlichen Abschwung wiederum auf neue
Rekordhöhen zu klettern.
(Prof. Dr. Manfred Weber)*



Das zweite Politikfeld, das ich erwähnen will, sind die Sozialversicherungen. Hier muss das Ziel unverändert lauten: niedrigere Beiträge. Dabei sollten wir auch nach Möglichkeiten suchen, diese Aufwendungen vom Arbeitsverhältnis abzukoppeln. Und außerdem gilt es, die demographische Herausforderung zu meistern und unsere Sozialversicherungssysteme insofern wetterfest, zukunftsfähig zu machen. Damit untrennbar verbunden ist eine weitere Wachstumsbremse. Die Verschuldung der

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte lastet auf den Unternehmen und dem Faktor Arbeit.

öffentlichen Haushalte lastet nach wie vor sowohl auf den Unternehmen als auch auf dem Faktor Arbeit. Zwar ist die Aussicht auf einen ausgeglichenen Bundeshaushalt im Jahr 2011 erfreulich. Das ambitionierte Ziel muss jedoch lauten: In konjunkturell guten Zeiten, und in denen bewegen wir uns gegenwärtig, sind an und für sich Haushaltsüberschüsse zu erwirtschaften. Rheinland-Pfalz kann 2007 zwar seine Deckungslücke von 1,6 Mrd € halbieren – das ist ein Erfolg, ohne Zweifel. Aber bislang ist noch offen, wann das Land es schaffen wird, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Meine Damen und Herren, diese Reformagenda, die ich hier nur angerissen habe und die weit über den Arbeitsmarkt hinausweist, ist kein vorweihnachtlicher Wunschzettel, sondern ein Pflichtenheft für die Politik. Ja, es stehen Landtagswahlen ins Haus. Ja, die Parteien nehmen langsam auch die nächste Bundestagswahl in den Blick. Ja, eine Große Koalition kann nicht frei sein von Spannungsfeldern und letztlich auch Kompromissen. Aber all das darf doch nicht dazu führen, dass man das Pflichtenheft der Reformpolitik einfach zur Seite legt. Reformen sind und bleiben das Gebot der Stunde.

Die Bürger sehen das im Übrigen genauso. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Bankenverbandes ergab im November 2007 Folgendes: Auf die Frage „Ist die wirtschaftliche Lage inzwischen so gut, dass wir in nächster Zeit keine weiteren Reformen brauchen?“ sagen vier von fünf Befragten, in Zahlen genau 86 Prozent: „Nein, wir brauchen sehr wohl weitere Reformen in Deutschland.“ Das ist ermutigend. Und es sollte die Politik anspornen. Ich gehe so weit zu sagen: Es sollte die Politik verpflichten, den Reformkurs nicht zu verlassen.

Ein Konjunkturohoch muss nicht automatisch ein Reformtief zur Folge haben, auch wenn das bisweilen von manch einem behauptet wird. Allerdings hat man den Eindruck, dass sich die Politik regelmäßig und offenbar ganz ohne Not in etwas begibt, das man in der Wirtschaftstheorie das „Gefangenendilemma“ nennt. *Ein Konjunkturohoch muss nicht automatisch ein Reformtief zur Folge haben.* Wir kennen es sehr gut: Jede Seite ist verunsichert, weil sie nicht weiß, wie die andere Seite mit einer bestimmten Positionierung umgehen wird, wie weit sie bereit ist mitzugehen. Aber an Stelle von Taktieren und Abwarten sind in der Politik jetzt Führung und auch Vermittlung zwischen unterschiedlichen Positionen gefragt.

„Aufschwung für alle“, sehr geehrter Herr Beck, so lautete das Motto des SPD-Parteitagess Ende Oktober 2007 in Hamburg. Das ist, wie wir alle wissen, ein ehrgeiziges, aber richtiges Ziel. Denn am Aufschwung teilhaben können Menschen letztendlich nur, wenn sie eine Beschäftigung haben. Der Anspruch des SPD-Parteitagess heißt deshalb sinngemäß auch: „Arbeit für alle“. Genauso ist im Übrigen ein Abschnitt im neuen SPD-Parteiprogramm überschrieben, in dem die Überzeugung formuliert

wird, dass, und ich zitiere, „auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit in Deutschland das Ziel der Vollbeschäftigung nicht aufzugeben sei“.

Nachdem ich mit einem Jahresrückblick begonnen habe, meine Damen und Herren, sind wir nun gespannt, wie Ihr Ausblick, lieber Herr Beck, auf die künftige politische Agenda für Wachstum und Beschäftigung aussieht. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Die politische Agenda für Wachstum und Beschäftigung

Sehr geehrter Herr Professor Weber,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst ein herzliches Willkommen hier in Rheinland-Pfalz. Ich bin natürlich überzeugt, dass der Bankenverband gar keinen besseren Ort hätte wählen können als Rheinland-Pfalz und Mainz. Denn das, was wir miteinander heute betrachten wollen, ist in diesem Land nicht schlecht aufgestellt.

Ich freue mich über die Nachricht des heutigen Tages, dass Deutschland sich auch 2007 an die Spitze der weltweiten Exporterfolge bewegt hat, Exportweltmeister ist, wie man so landläufig sagt. Und ich darf auch sagen, dass Rheinland-Pfalz dabei eine besondere Rolle spielt. Wir sind mit Bremen zusammen an der Spitze, was die Exportquote angeht und Gott sei Dank im letzten Jahr auch was die Wirtschaftsquoten anging. Das gilt auch für das erste Halbjahr 2007, wo wir deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Und das zeichnet sich dann natürlich auch bei den Arbeitslosenziffern ab. Wir hatten im November dieses Jahres eine Arbeitslosigkeit von 5,7 Prozent. Das ist eine beachtliche Zahl. In einer Reihe von Arbeitsamtsbezirken erreichen wir Größenordnungen von etwas über vier Prozent. Damit sind wir doch schon sehr nah an einer De-facto-Vollbeschäftigung. Und ich glaube, gerade deshalb muss man diese Anstrengungen fortsetzen.

Ich bin auch froh darüber, dass landauf, landab gerade auch von mittelständischen Unternehmern betont wird, dass man sich hier wohlfühle, dass man ein investitionsfreundliches Klima vorfindet. Erlauben Sie



*Kurt Beck, MdL,
Ministerpräsident des Landes
Rheinland-Pfalz*

mir nun aber, im Zusammenhang mit der Frage „Was ist zu tun, um Wachstum zu stabilisieren und die Menschen am Erfolg teilhaben zu lassen?“ einige Punkte anzusprechen.

Ich glaube zunächst, dass es in der Tat darauf ankommt, weltweit für offene Märkte zu sorgen und uns entsprechend darum zu bemühen. Das ist zwar Konsens in Deutschland, aber ich will nicht verschweigen,

*Ich bin froh darüber, dass
Unternehmer betonen, hier ein
investitionsfreundliches Klima
vorzufinden.*

dass ich aufgrund der außenpolitischen Diskussionen der letzten Wochen und Monate einige Sorgen habe. Wenn die einen, die versuchen, ethische Grundlagen und unsere Interessen in der internationalen Zusammen-

arbeit – auch der ökonomischen – zusammenzuhalten, einer pragmatischen, unethischen Außenpolitik bezichtigt werden, während andere sich einer ethischen Außenpolitik zu befleißigen meinen und dabei sehr deutliche, laute Töne sagen, die zu großen Verwerfungen führen – dann müssen wir Klarheit schaffen. Ich bin alles andere als dafür, dass wir leisetreten, was Menschenrechte angeht, aber ich habe es stets für viel

*Es kommt darauf an, weltweit
für offene Märkte zu sorgen.*

erfolgsversprechender gehalten, mit China den unter Gerhard Schröder begonnenen Menschenrechtsdialog zu führen, als spektakuläre Einzelaktionen zu starten, die uns unglaubliche Probleme bereiten. Dies trifft auch auf viele Unternehmen zu. Wir sollten versuchen, wieder zusammenzukommen. Das ist eine erste wichtige Voraussetzung für unseren Gesamterfolg.

Ich bin sicher, dass wir eine klare Orientierung brauchen für die Art und Weise, wie wir uns politisch und auch volkswirtschaftlich aufstellen. Für mich muss diese Orientierung beinhalten, dass wir ökonomische Ziele mit ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit untrenn-

bar verbinden. Wer dies auseinanderklaffen lässt – es klappt teilweise in Deutschland auseinander – wird erhebliche Reparaturkosten in Kauf nehmen müssen und auch Folgen, von denen ich überzeugt bin, dass sie teilweise gar nicht reparabel sind. Insoweit müssen wir einen Weg finden, Ökonomie und Ökologie wirklich miteinander zu versöhnen, um im Streben weg vom Verbrauch fossiler Rohstoffe zu einer größeren Stabilität zu kommen, ohne dass eine gesicherte Energieversorgung in Frage gestellt wird.

Es gibt diesen Weg – ganz zweifelsfrei. Sicher brauchen wir für einen beträchtlichen Zeitraum unsere heimische Kohle dazu, aber es gibt diesen Weg. Wir müssen uns bewusst werden, welche Chance für die deutsche und die europäische Volkswirtschaft darin steckt. Ich glaube, dass wir hinsichtlich der Forschungsbedingungen und der Bedingungen in den Unternehmen nicht schlecht aufgestellt sind, um zum Beispiel den Wettbewerb um Energieeffizienz erfolgreich zu bestreiten. Teilweise sind wir übrigens mit einer Wertschöpfungskette ausgestattet, die ihresgleichen sucht. Ich denke zum Beispiel an Wärmedämmung als eine der wichtigsten Voraussetzungen, um mit Energie vernünftiger umzugehen.

Wir werden, wie ich hoffe, auf dem UN-Klimagipfel in Bali zumindest einige Ziele gemeinsam beschreiben, wenn wir auch sicher noch keine Lösungsansätze finden können. Aber es ist ja geplant, dass zwei Jahre später in Amsterdam ein Weg gefunden wird, der uns dazu bringt, den Temperaturanstieg dieser Welt auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Das ist sehr ehrgeizig, aber mit Chancen versehen. Es wird auch auf eine kluge

Wir müssen ökonomische Ziele mit ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit verbinden.

Wir verfügen über Wertschöpfungsketten, die ihresgleichen suchen.

Dialogsituation zwischen der deutschen Wirtschaft und der Politik ankommen, dass nicht mehr gefordert wird, als wir technologisch zu leisten vermögen. Das Leistbare allerdings werden wir leisten, es entsprechend in die Praxis und damit auch, da bin ich sicher, in Exporterfolge umsetzen.

Das Leistbare werden wir in Exporterfolge umsetzen.

Die Steinzeit ist ja nicht aus Mangel an Steinen zugrunde gegangen, sondern weil Klügeres entdeckt und erfunden worden ist. Deshalb dürfen wir das Ölzeitalter nicht bis zum Ende auskosten, sondern müssen Besseres und Klügeres vorantreiben.

Ich will natürlich auch etwas zu den Rahmenbedingungen sagen, die von Ihnen, Herr Professor Weber, angesprochen worden sind: Stichworte „Steuern“ und „Sozialversicherungsabgaben“. Zunächst will ich daran erinnern, dass doch einige steuerpolitische Entscheidungen auf dem Weg oder schon entschieden sind oder sich in der

Es sind steuerpolitische Entscheidungen auf dem Weg, die erhebliche Wettbewerbsverbesserungen mit sich bringen.

Umsetzung befinden, die erhebliche Wettbewerbsverbesserungen mit sich bringen werden. Das gilt für die Unternehmenssteuerreform, die entschieden ist, mit recht erheblichen Einnahmeausfällen für die öffentlichen Haushalte. Und es gilt für eine Erbschaftsteuerreform, die zumindest die politischen Hürden genommen hat und umgesetzt werden wird. Sie wird Unternehmensübergänge erleichtern und insgesamt wird der Versuch unternommen, besonders mittelstandsfreundlich zu sein.

In aller Offenheit will ich sagen, den Ruf nach Konsolidierung der Haushalte und nach Investitionen in die Zukunft halte ich für richtig und notwendig. Er wird von mir so dick unterstrichen, wie es immer nur geht.

Ich sage aber auch, bei gleichzeitiger und weiterer Senkung der Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte muss er wirkungslos bleiben. Wer mir vormacht, dass beides zusammen möglich ist, dem gelingt sicher auch die Kubatur der Kugel. Ich kann es nicht.

Ich glaube, wir haben eine Menge getan. Dass irgendwann wieder die Zeit kommt, in der man anpassen muss, ist eine völlig andere Frage. Bei den Lohnzusatzkosten ist doch ein ehrgeiziges Ziel erreicht worden, verglichen mit den Zeiten der Kohl-Regierung, *Bei den Lohnzusatzkosten ist ein ehrgeiziges Ziel erreicht worden.* in denen wir bei 45 Prozent lagen. Wir sind unter der 40-Prozent-Marke angelangt. Und wir haben gerade wieder eine solche Entscheidung im Bereich der Arbeitslosenversicherung getroffen, nämlich die Beiträge von 4,2 auf 3,3 Prozentpunkte zu senken. Das sind beachtliche Größenordnungen, die sich für Arbeitnehmer, aber auch für das Unternehmen mit gut 200 € pro Arbeitsplatz und Jahr auswirken. Ich finde, keine unbeachtlichen Entwicklungen.

Auch die viel geschmähte Gesundheitsreform – von der ich immer noch Wetten annehme, dass sie viel besser ist als ihr Ruf – hat immerhin dazu geführt, dass aus einer deutlichen Überlastung, die sich die Krankenkassen in den letzten Jahren selbst zugezogen haben, weil sie Leistungen angeboten haben, die nicht ausreichend durch Einnahmen gedeckt waren, zumindest in der Prognose für das kommende Jahr stabile Beiträge werden.

Ich stimme Ihnen zu, dass wir, was die längere Perspektive angeht, darüber reden müssen, wie wir dieses Sozialsystem ein Stück weit von der Arbeit entkoppeln. Ich sage ein Stück weit, weil ich beispielsweise bei der Rente und anderen Leistungen sehr wohl eine Verbindung

zwischen Arbeitsleistung und dem Erfolg der Versicherung beibehalten möchte. Aber über eine gewisse ausgleichende Funktion der Gemeinschaft,

Wir müssen das Sozialsystem ein Stück weit von der Arbeit entkoppeln. darüber können wir ja sicher noch diskutieren. Das halte ich für geboten und für vernünftig. Gerade auch, wenn man die Demographie betrachtet, ist es ein Gebot der

Zukunftsgestaltung, die Sozialsysteme weiterzuentwickeln. Da sind wir uns offensichtlich einig, wenn ich mir auch vorstellen kann, dass wir in manchem Detail durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

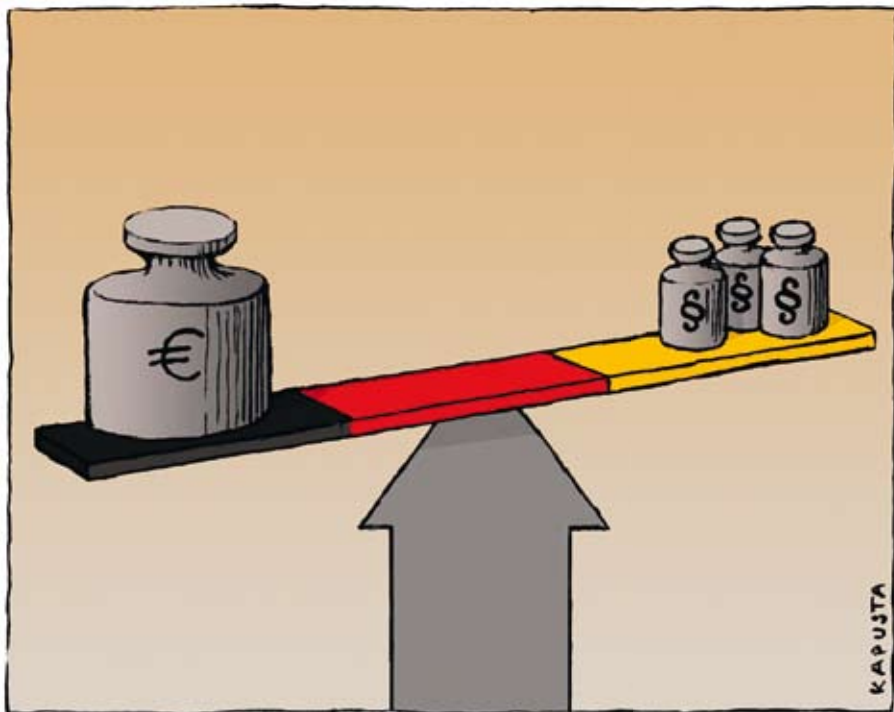
Ich will zu diesen Punkten im Übrigen auch die Infrastrukturanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland zählen, denn die werden häufig unterschätzt. Ich habe in den letzten Monaten bei meinen Reisen

Die Infrastrukturanstrengungen Deutschlands werden häufig unterschätzt. durch die Republik viele Mittelständler getroffen, die aus Polen, Tschechien und anderswo wieder zurückgekommen sind. Sie kommen zurück, weil die Lohnunterschiede zu Deutschland inzwischen nicht mehr so frappant sind, wie sie vor einem Jahrzehnt waren, sie aber durch Infrastrukturprobleme und

Ähnliches so viele Nachteile sehen, dass sie sich wieder Produktionsstandorten in Deutschland zuwenden. Eine Erfahrung, die wir nutzen müssen, um die Infrastruktur à jour zu halten und an einigen Stellen weiter zu verbessern. Was wir im Übrigen auch tun.

Ich will in diesem Zusammenhang auch das Stichwort „bürokratische Lasten für die Wirtschaft“ ansprechen. Wir haben gerade heute in dieser Hinsicht ein Programm für Rheinland-Pfalz vorgestellt. Mein Wirtschaftsminister hat dies getan. Wir haben es gestern abschließend im Kabinett beschlossen. Ich glaube, dass noch manches auf den Weg zu bringen ist. Ich warne allerdings auch davor, alles, was öffentliche Leis-

*Ich glaube, dass in einer vernünftigen Mischung
zwischen angebots- und nachfrageorientierter
Wirtschaftspolitik die richtige Antwort zu finden ist.
(Kurt Beck)*



Die Verwaltung ist, mit dem Negativtouch „Bürokratie“ zu versehen. Wir haben erlebt, was in Deutschland nach dem Zusammenbruch der DDR geschah, wie viele Schwierigkeiten für Investitionen entstanden sind, weil keine funktionierende Infrastruktur da war. Eine verlässliche, nicht bestechliche öffentliche Verwaltung ist natürlich auch ein Faktor, den man nicht unterschätzen darf.

Nun zu entscheidenden Punkten: dem Bereich frühkindliche Förderung, Bildung, Ausbildung und Hochschulen. Hier liegt sicher die entscheidende Ressource, die wir fördern müssen. Ich glaube, dass wir eine Menge gelernt haben in den vergangenen Jahren und dass gerade in der frühkindlichen Förderung eine wichtige Chance steckt, um Kinder aus Familien, denen die Förderung nicht so möglich ist, an ihre Fähigkeiten heranzuführen. Denn die Tatsache, dass wir ein großes Gefälle hinsichtlich der Bildungschancen von Kindern aus Akademikerfamilien gegenüber Kindern aus Arbeiterfamilien haben, muss uns fordern. Das werden wir vor dem Hintergrund der Demographie sonst nicht aushalten. Und dem Einzelnen gegenüber ist es auch nicht verantwortbar. Davon bin ich fest überzeugt. Deshalb müssen wir hier sehr viel tun.

Ich erwähne zum Beispiel Rheinland-Pfalz, weil das, was man tut, immer überzeugender ist als das, was man verspricht. Wir sind hier auf dem Weg, für alle Kindergartenjahre Beitragsfreiheit zu erreichen. Wir haben eine deutliche pädagogische Aufwertung vorgenommen – im Übrigen nicht zu Lasten der Kommunen, sondern in vollem Umfang aus Steuermitteln des Landes finanziert. Das muss aus meiner Sicht über Ganztagsschulangebote fortgesetzt werden, um Schwächen auszugleichen und Stärken zu fördern.

Es ist auch spannend, darüber zu diskutieren, warum wir teilweise wie kaum ein anderes Land eine solche Scheu haben, über das frühe Sortieren von Kindern nach Begabungen und Fähigkeiten zu sprechen. Und warum wir damit auch in Kauf nehmen, dass wir uns immer wieder durch neue Studien ermahnt fühlen müssen, von denen ich sonst nicht allzu viel halte.

Auch die Wirtschaft hat ihren Teil Verantwortung im Bereich der beruflichen Bildung und der Weiterbildung. Dort müssen sich unsere Verantwortungen decken. Ich glaube im Übrigen, dass auch die Hochschulen dort eine besondere Chance und Verantwortung haben, ein breites Weiterbildungs- und Fortbildungsangebot zu organisieren. Das ist für mich eine der großen Herausforderungen für die kommenden Jahre. Ich hoffe, dass wir noch weitere Schritte, auch in der Zeit der Großen Koalition, miteinander hinbekommen.

Auch die Wirtschaft hat ihren Teil Verantwortung im Bereich der beruflichen Bildung und der Weiterbildung.

Über Studienplätze, Studienbedingungen, Forschungsbedingungen ist nur zu sagen, dass wir überdurchschnittliche Wachstumsraten brauchen. Ich sage auch zuversichtlich an die Adresse der Damen und Herren hier aus dem Land, die aus den Hochschulen kommen: Wir können Ihnen Anfang 2008 noch ein Zeichen setzen, das deutlich über das bisher Mögliche hinausweisen wird.

Ich will allerdings auch deutlich machen, dass ich der Auffassung bin – und da scheinen sich unsere Positionen deutlich zu unterscheiden –, dass wir bei dem Bemühen um Arbeit auch qualitative Maßstäbe für diese Arbeit anwenden müssen. Ich halte es für grundfalsch, eine Orientierung herbeizuführen, die den Wettbewerb auf der Basis von

Niedriglöhnen sucht. Das kann nicht gut gehen. Es hat mir immer noch niemand erklärt, wie dies in der Balance zwischen Export und Binnen- nachfrage funktionieren soll, wenn man allein auf eine angebotsgestützte Wirtschaftsentwicklung setzt. Ich glaube, dass in einer vernünftigen

Es ist falsch, sich an einem Wettbewerb auf der Basis von Niedriglöhnen zu orientieren. Mischung zwischen angebots- und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik die richtige Antwort zu finden ist, dass wir aber in Deutschland eine geradezu dramatische

Verzerrung zu Ungunsten der unteren und mittleren Einkommen haben. Ich rede nicht von denen, die Transfers bekommen, sondern von denen, die über ihre Arbeit ihr Geld verdienen. Es ist dramatisch, was sich da auseinanderentwickelt.

Und, meine Damen und Herren, ich glaube, es ist eine große Reform, dafür zu sorgen, dass Chancen über Bildung und über Durchlässigkeit in der Gesellschaft wieder anders verteilt werden. Dazu gehört nicht nur, aber eben auch, eine vernünftige Verteilung dessen, was wir erwirtschaften. Deshalb werden Sie hier niemanden finden, der in den Tenor einstimmt, Mindestlöhne seien etwas Verheerendes. Ich frage: Warum auch? In 20, sogar 22 der europäischen Staaten gibt es sie. In den USA gibt es sie. In Japan sind sie selbstverständlich. Wir aber haben eine Scheu davor.

Die Frage, wie wir das machen, können wir sicher diskutieren. Aber es ist für mich keine Perspektive, immer mehr auskömmliche Arbeitsbedingungen in unauskömmliche zu verändern, um mit staatlichen Transfers dann den Rest zu bezahlen. Wer ein solches Ordnungsbild hat, der muss mich erst davon überzeugen. Was ist das für eine Art

von sozialer Marktwirtschaft, in der der Staat den Lückenbüßer spielt? Ich will das bewusst so offen stehen lassen.

Deshalb: Gute Arbeit ist für uns ein entscheidender Punkt, und mit diesem Ziel ist auch zu verbinden, dass wir faire Wettbewerbsbedingungen haben. Welche Wettbewerbsbedingungen finden denn Unternehmen vor, die anständige Löhne bezahlen – nach den Möglichkeiten, die die Branche hat –, gegenüber anderen, die Minimallöhne zahlen? Sie gewinnen keine Ausschreibung. Wir werden dem jetzt einen Riegel vorschieben. Nächste Woche wird das endgültig durchs Parlament gehen, indem wir ein Tariftreuegesetz verabschieden. Nicht weil ich gern noch mehr reglementieren möchte, sondern weil mir gerade Handwerksunternehmen sagen: „Wir gewinnen keine Ausschreibungen mehr, wenn wir tarifgebunden sind.“ Ist das die Art Wettbewerb, die wir wollen? Ich finde, wir dürfen sie nicht wollen. Und deshalb müssen wir auch über diese Frage offener reden.

Lassen Sie mich abschließen mit dem Hinweis: Ich halte Reformen für permanent notwendig. Und mir fallen – ich habe ja einige Punkte angerissen – eine Menge von Reformansätzen ein. Weiterhin so zu tun, als wäre Reform immer nur das, was den Leuten mitten in der Gesellschaft Geld wegnimmt, das halte ich allerdings für eine lebensgefährliche Strategie für die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Die wird immer nur von Qualität und Vorreitertum leben und nicht davon, dass wir mit Billiglohnländern um billigen Lohn konkurrieren. Die nächste Stufe würde zwangsläufig sein, dass wir mit Umweltverschmutzern um Ökologiedumping konkurrieren.

Das alles wollen wir nicht. Wer sich auf eine solche schiefe Ebene begibt, wird am Ende den Wettbewerb um das, worum es wirklich geht, nämlich hohe Qualität und hohe Leistung, verlieren. Wer gute Leistung haben will, braucht gute Unternehmerinnen und Unternehmer und auch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Leute, die sich nur geknebelt und ausgenutzt fühlen, werden nicht Teil einer erfolgreichen Volkswirtschaft sein. Diese Thesen wollte ich doch deutlich werden lassen. Ich freue mich jetzt auf die Diskussion. Vielen Dank.

Diskussion

Ordnungspolitische Leitlinien der Politik

Christoph Minhoff: „Wie schaffen wir stabiles Wachstum für mehr Beschäftigung?“ Das ist die Gretchenfrage der deutschen Politik seit mindestens 20 Jahren. Und das wollen wir heute Abend weiter zu klären zu versuchen. Herr Ministerpräsident: Sie haben vor kurzem einen Parteitag gehabt, haben als Parteivorsitzender ein neues Parteiprogramm verabschiedet und haben in diesem Parteiprogramm sehr häufig Bezug genommen auf den, wie Sie sagen, traditionellen Begriff „demokratischer Sozialismus“. Nun ist ja die deutsche Sprache unerbittlich. Entscheidend ist immer, was hinten steht, also: Bohnenstange – Stangenbohne. Wenn Sie den demokratischen Sozialismus in den Vordergrund stellen, stellen Sie den Sozialismus in den Vordergrund. Welches Ordnungsprinzip ist es eigentlich, das Sie damit verbinden?

Kurt Beck: Also ich halte das für eine ziemlich verwegene Art, mit einem solchen Begriff umzugehen. Ich habe selber Wert darauf gelegt, dass die drei Wurzeln, aus denen die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratische Partei entstanden sind, vor mehr als 140 Jahren, lebendig gehalten werden. Das sind zum einen das Christentum und die Bergpredigt. Das ist zum anderen die praktische Erfahrung, die ganz viele Menschen gemacht haben, und die Schlussfolgerung: Da muss sich etwas verbessern, unseren Kindern soll es besser gehen. Und da ist zum dritten natürlich auch das, was mit dem Begriff „demokratischer Sozialismus“ in der Analyse, auch angelehnt an die Marxsche Analyse, ausgelöst worden ist. Wohlgermerkt – ich rede von der Analyse.

Ich habe Wert darauf gelegt, dass die drei Wurzeln der Sozialdemokratischen Partei lebendig gehalten werden.

Und ich will auch sagen: Unter diesem Begriff haben Sozialdemokraten im Kaiserreich die Unterdrückung während der Sozialistengesetze überstanden. Sie haben mit ihm als Letzte widerstanden, als Hitler die Macht ergriffen hat. Denken Sie an Otto Wels und seine Aussage. Demokratischer Sozialismus – unter diesen Begriff haben die Sozialdemokraten in der DDR der Gleichschaltung widerstanden, im Gegensatz zu denen, die als ehemalige Blockpartei heute in der Union ohne Schwierigkeiten untergekommen sind. Darüber redet gar keiner mehr. Ich habe gerade kürzlich einen Mann besucht, der weit über 90 Jahre alt ist, der dafür sieben Jahre in DDR-Gefängnissen gesessen hat. Warum sollte ich anfangen, mich auf eine solche Geschichtslosigkeit, wie sie in Ihrer Frage steckt, einzulassen? Ich finde, das ist eine der größten Ungehörigkeiten in der Geschichte, was da jetzt gemacht wird. Es ist eine Ehre, für demokratischen Sozialismus einzustehen, und das lässt sich in der Geschichte nachweisen. Er bedeutet nämlich genau jene Verbindung der Begrifflichkeiten von Gerechtigkeit und Freiheit, die immer untrennbar bleiben werden. Insoweit müssen Sie schon verstehen, dass ich leidenschaftlich werde.

Christoph Minhoff: Ich habe es deshalb angesprochen, weil die Kanzlerin heute mit dem Schlagwort „Nie wieder Sozialismus!“ umgeht.

Kurt Beck: Das ist derart geschichtsvergessen, dass man sich nur wundert, wie jemand so etwas von sich geben kann.

Pro und contra Mindestlohn

Christoph Minhoff: Viele Fragen, die in den beiden Eröffnungsreden schon angeklungen sind, sind ja auch Fragen, die uns in der aktuellen Politik interessieren und besonders beschäftigen. Eines der Themen, das uns in besonderem Maße emotionalisiert, ist das Thema „Mindestlohn“. Wenn Sie, Herr Pitkamin, auf das globale Unternehmen schauen, das Sie führen – wie wichtig sind solche Dinge für den Standort, wie wichtig ist so etwas in der globalisierten Wirtschaft: die Bedingungen, unter denen ich vor Ort produziere?

Ulrich Pitkamin: Die Bedingungen vor Ort sind natürlich sehr wichtig. Das sind aber nicht nur Mindestlöhne, sondern das sind insgesamt die Rahmenbedingungen. Ob ich eine Chance habe, irgendwo langfristig tätig zu sein, gerade als global aufgestelltes Unternehmen. In der Chemie ist ein Mindestlohn, es sei denn, er wird in der Höhe anders definiert, kein Thema. Die niedrigste Lohngruppe liegt meines Wissens bei 12 €. Das liegt über dem, was zurzeit diskutiert wird, weil wir eine Gewerkschaft haben, die sich, wie wir auch, zu einer Sozialpartnerschaft bekennt – und das seit circa 30 Jahren. Und ich glaube, beide – Arbeitgeber wie Gewerkschaft – gehen hier sehr pragmatisch miteinander um und versuchen, das Beste für den Standort daraus zu machen. Und das wird jährlich oder alle zwei Jahre neu definiert. Auch in der Chemie hat es deutliche Veränderungen gegeben. Wenn Sie die Anzahl der Beschäftigten



*Ulrich Pitkamin,
Vorsitzender der Geschäftsführung
Boehringer Ingelheim Deutschland
GmbH*

sehen, vor 30 Jahren und heute, wird das deutlich. Wir sind zurzeit wieder auf einem Wachstumskurs, aber wir verändern uns auch.

Auch wir als Boehringer Ingelheim haben vor einiger Zeit unsere Strategie wieder etwas geändert. Wir machen in Deutschland all das, was neu, schwierig und teuer ist, weil wir hier die entsprechenden Mitarbeite-

Sämtliche Rahmenbedingungen vor Ort sind wichtig für globale Unternehmen, nicht nur die Frage der Mindestlöhne.

rinnen und Mitarbeiter, also Qualität bei den Mitarbeitern haben. Wenn ich in unsere Kalkulation schaue, sage ich: Wir machen etwas in Deutschland, wir machen aber auch etwas in Spanien oder in Mexiko, wo es billiger ist. Was Masse ist, das geht woanders hin. Wir konzentrieren uns hier auf die Wertschöpfung, auf die neuen Dinge, auf die Innovation.

Wir konzentrieren uns hier auf die Wertschöpfung, auf die neuen Dinge, auf die Innovation.

Christoph Minhoff: Herr Sinn, was ist denn so furchtbar daran, wenn Menschen von dem, was sie erarbeiten, leben können? Ich glaube, 80 Prozent der Bevölkerung stimmt einer solchen Aussage zu.



*Prof. Dr. Hans-Werner Sinn,
Präsident des ifo Instituts
für Wirtschaftsforschung*

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Dem ist auch nur zuzustimmen, als Postulat. Es wäre natürlich sehr sinnvoll, ein System zu haben, wo jeder von dem leben kann, was er erwirtschaftet. Aber was, wenn das nicht so ist? Wenn es an hinreichend vielen produktiven Stellen fehlt? Wenn es Menschen gibt, die nicht so leistungsfähig sind, dass sie von ihrer Hände Arbeit oder von dem, was sie erwirtschaften, leben können? Was machen wir mit denen? Da können wir sagen: Es muss eben so viel Lohn bezahlt werden, dass sie doch davon leben können. Aber dann stellen die Unternehmer diese Menschen nicht ein, denn

keiner will ja ein Zuschussgeschäft machen. Dann entsteht Arbeitslosigkeit. Das ist nun mal ein Faktum.

Wenn wir diesen Spruch, dass jeder von seiner Hände Arbeit leben können muss, in einer Marktwirtschaft wirklich umsetzen wollen, dann müssen wir ja die Unternehmen verpflichten, Menschen einzustellen, die weniger produktiv sind als nötig, um ihnen diesen Lohn zu zahlen. Das heißt, wir müssen dann einen Regimewechsel zur Zentralverwaltungswirtschaft hin herbeiführen. Da wir das aber nicht wollen, entsteht faktisch Arbeitslosigkeit. Wir können

Da wir den Regimewechsel zur Zentralverwaltungswirtschaft nicht wollen, entsteht faktisch Arbeitslosigkeit.

dann nur zulassen, dass die Menschen, die nicht von ihrer Hände Arbeit leben können, in die Arbeitslosigkeit gehen. Und dann finanziert sie der Staat durch sein Arbeitslosengeld, Hartz IV oder wodurch auch immer. Ist das die Lösung? Das führt doch zu jenem Prekariat, von dem Sie, Herr Beck, gesprochen haben, und grenzt dauerhaft Menschen aus.

Es ist ein empirisches Problem, wie viele betroffen sind. In Westdeutschland verdienen zehn Prozent der privaten Arbeitnehmer weniger als 7,50 €. Und in den neuen Bundesländern sind es 25 Prozent. Wenn wir die Arbeitgeber zwingen, ihnen höhere Löhne zu zahlen, dann werden die Arbeitgeber das in den meisten Fällen wahrscheinlich zähneknirschend tun. Aber nicht in allen. Einige Arbeitnehmer werden dann arbeitslos. Und auch unter vorsichtigster Rechnung, wie Thum und Ragnitz aus den neuen Bundesländern das gemacht haben, bekommen wir damit im Westen drei Prozentpunkte Arbeitslosigkeit und im Osten sechs. Wir reden also über 800.000 Menschen, die im Westen

Wenn wir Arbeitgeber zwingen, höhere Löhne zu zahlen, dann werden einige Arbeitnehmer arbeitslos.

ihren Job verlieren, und 300.000 im Osten. Das sind wirklich vorsichtige und belastbare Rechnungen.

Christoph Minhoff: Herr Beck, ich nehme an, Sie teilen diese Analyse nicht.

Kurt Beck: Nein, ich teile sie überhaupt nicht. Erstens: Herr Professor Sinn geht von einer Gruppe von Menschen aus, um die es gar nicht geht. Wer leistungseingeschränkt ist, weil er behindert oder krank ist oder weil er lange nicht mehr in Arbeit war und daher einarbeitsbedürftig ist, bei dem hat doch niemand etwas dagegen, dass ein Kombi-

*Wer behindert, krank oder ein-
arbeitsbedürftig ist, bei dem
hat niemand etwas gegen einen
Kombilohn.*

lohn vereinbart wird. Den haben wir ja de facto schon. Wir haben viele Einarbeitungslöhne, bei denen die Bundesagentur für Arbeit etwas dazugibt. Wir haben gerade im Zusammenhang mit diesem ALG-I-Gesetz, das vorhin

kritisiert worden ist, vereinbart, erneut 500 Mio € aus den Ersparnissen der Bundesagentur für Arbeit für solche Einarbeitungshilfen dazuzugeben. Also, um diese Menschen geht es überhaupt nicht.

Aber beispielsweise über die Arbeit in Fleischfabriken müssen wir dringend reden. Ich habe es mir angesehen, wie die Leute dort arbeiten: Akkord, unter Bedingungen, die mehr als hart sind, unter Kühlhaus-temperaturen. Diese Leute gehen mit 5,80 € heim. Mir kann niemand erzählen, dass diese Leute nicht produktiv sind. Das ist eine Definitionsfrage. Insoweit gehe ich davon aus, dass wir alle die Kraft haben müssen, im Zweifelsfall einen, fünf oder zehn Cent mehr für ein Kilo Fleisch zu bezahlen, damit diese Leute anständige Löhne bekommen. Das ist nur ein Beispiel. Sie können Hunderte solcher Beispiele nennen. Im Übrigen sind sie meistens in Bereichen zu finden, in denen man auch nicht sagen kann:

„Das verlagere ich ins Ausland.“ Bei Friseurbetrieben beispielsweise. Natürlich, in grenznahen Bereichen zu Polen kann es ein Problem geben, aber in der Republik insgesamt ist es eine Frage der anständigen Preisgestaltung.

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Was haben Sie denn dann gegen die freie Lohnbildung bei der Post? Dass die Post dann von Polen gemacht wird, kann man ja kaum unterstellen.

Kurt Beck: Genau deshalb hatten wir auch kein wirkliches Problem dort mit dem Mindestlohn. Es sei denn, es ist wie bei der Firma Pin. Da haben wir heute die Androhung, 1.000 Menschen zu entlassen, weil ein Geschäftsmodell erarbeitet worden ist, das nicht darauf baut, qualitativ besser oder schneller zu sein, klügere Logistik zu haben, sondern nur darauf, Leute in einem Sektor, der gebraucht wird, schlecht zu bezahlen. Von dem Lohn, der dort bezahlt wird, kann man nicht leben. Deshalb müssen die Leute zusätzlich zur Bundesagentur für Arbeit gehen. Die Zahl

Wir haben ein Problem mit Geschäftsmodellen, die nur darauf bauen, Leute schlecht zu bezahlen.

der so genannten Aufstocker hat um 650.000 zugenommen. Das ist übrigens unser Geld, das dort verteilt wird. Ich habe nichts dagegen, dass sich Springer und Madsack und wie sie alle heißen an der Post beteiligen, aber zu anständigen Bedingungen; nicht indem sie einen Wettbewerb eröffnen, der nur mit einer Organisation funktioniert, die Menschen ausbeutet und von anderer Leute Steuergeld lebt. Diesen Weg akzeptiere ich nicht, Herr Professor Sinn.

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Es ist nun mal ein Faktum, dass viele Leute, die nicht formell krank sind, also keine Ansprüche auf Sozialhilfe erheben können, eben doch nicht so motivationsstark sind, dass sie

in dieser Turbogesellschaft noch mitkommen, um das zu erwirtschaften, was sie zum Leben brauchen. Wir müssen uns ernsthaft – und ich glaube nicht, dass die Politik das tut – mit der Frage beschäftigen, wie wir ihnen helfen. Und ich mache der SPD den Vorwurf, dass sie die Alternativen so darstellt: entweder diesen Menschen einen sozial auskömmlichen Lohn

Viele Leute sind einfach nicht so motivationsstark, dass sie in dieser Turbogesellschaft noch mitkommen.

zu verschaffen oder aber den neoliberalen Weg der sozialen Kälte zu wählen, wo man sie in die Gosse fallen lässt. Dass es da noch einen Zwischenweg gibt, hat die SPD immer verschwiegen: nämlich den Weg der

Bezuschussung von Menschen, die nicht so leistungsfähig sind – so dass sie zwar arbeiten und einen Lohn erhalten, der ihrer niedrigen Produktivität entspricht, aber noch etwas dazubekommen und in der Summe aus beiden Einkommenskomponenten das erhalten, was unseren sozialen Vorstellungen entspricht.

Ich mache der SPD noch einen zweiten Vorwurf, der die Postmindestlohndebatte betrifft. Hier hängt sie das soziale Mäntelchen um eine Politik, die mit Sozialpolitik überhaupt nichts zu tun hat. Denn es geht doch nur darum, das Gewinninteresse eines privaten Unternehmens – die Post ist ja nun nicht mehr staatlich, sondern privatisiert – zu erhalten und zu schützen gegen die Wettbewerber, die da kommen. Die Politik verkauft das als Sozialpolitik. In Wahrheit ist es nackte Interessenpolitik der Post, die Angst davor hat, dass sie zum 1. Januar 2008 ihr Monopol verliert. Und das ist genau dieselbe Chose, die in Deutschland schon einmal gelaufen ist, nach der deutschen Vereinigung nämlich.

Ich darf Sie erinnern: 1991, als diese langjährigen Tarifverträge mit der Anpassung an das Westniveau in fünf Jahren gemacht wurden,

wie ist das gelaufen? Da sind die Westarbeitgeber in den Osten gegangen und haben gesagt: „Wir sind jetzt die Arbeitgeber.“ Die Gewerkschaften sind hinterhergelaufen, aus dem Westen in den Osten, und haben gesagt: „Wir sind die Gewerkschaften.“ Die Wessis haben über ostdeutsche Löhne verhandelt. Und was war ihre Devise? Möglichst schnell auf Westniveau, sonst könnten ja die Japaner kommen und sich dieser *Die Politik verkauft Interessen-* exkommunistischen Betriebe bemächtigen, um dann *politik als Sozialpolitik.* ihre schönen Produkte auf deutschem Boden ohne Zollschränken anzubieten. Das galt es zu verhindern. Es ist auch damals ein korporatistisches Interesse gewesen, das den Fehler erzeugt hat. Und das gleiche Thema taucht heute bei Herrn Zumwinkel und der SPD wieder auf.

Kurt Beck: Es ist schwer, das einfach so stehen zu lassen, weil man wirklich fragen muss: Wie soll denn irgendein Unternehmen – lösen wir uns mal von der Post – mit einem anderen konkurrieren, das sich nur deshalb am Markt halten kann, weil es elende Löhne zahlt? Was ist das für eine Voraussetzung? Die muss doch auf die schiefe Bahn führen, Herr Professor Sinn. Wir reden nicht über diejenigen, ich sage das noch einmal, die lange Zeit arbeitslos waren. Denen muss man Hilfen geben, auch in Form von Kombilöhnen. Denen geben wir in Zukunft so etwas wie einen Eingliederungsscheck mit, damit sie es probieren können.

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Den muss es dauerhaft geben. Ich meine, es gibt Menschen, die dauerhaft nicht das erwirtschaften können, was sie zum Leben brauchen. Was machen Sie mit denen?

Kurt Beck: Über diesen Prozentsatz können wir reden, da können wir uns verständigen. Aber um den geht es doch im Kern überhaupt nicht bei Mindestlöhnen. Sondern es geht um Leute, die in der Marktwirt-

Notwendigkeit weiterer Reformen

schaft Arbeiten erbringen, die erforderlich sind. Wenn sie nicht erforderlich wären, würden sie nicht gemacht werden. Und was erforderlich ist, muss auch einen Lohn erbringen, von dem man leben kann. Wenn wir diese Orientierung aufgeben, dann laufen wir in der Tat weg von der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Orientierung an einem Lohn aufzugeben, von dem man leben kann, führt weg von der Sozialen Marktwirtschaft.

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Wie wollen Sie das Problem denn lösen, wenn der Markt diese Löhne nicht hergibt? Da gibt es empirische Untersuchungen, die zeigen, wie viele Arbeitsplätze prozentual verloren gehen, wenn ich die Löhne um so und so viel erhöhe.

Kurt Beck: Warum ist es in England nicht so? Warum ist es in den USA nicht so? Warum ist es in Japan nicht so?

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Das kann ich Ihnen sagen. 1,9 Prozent der Arbeitnehmer in England bekommen den Mindestlohn, in Amerika, wo er 4 € beträgt, ist es ein Prozent. Die sind doch gar nicht bindend, diese Mindestlöhne.

Notwendigkeit weiterer Reformen

Christoph Minhoff: Ich befürchte, auch bei der nächsten Frage wird sich kein Konsens herstellen lassen. Herr Professor Weber, wir haben einen Aufschwung, und viele Menschen sagen: „Der kommt bei mir nicht an. Jedenfalls nicht so, dass ich ihn spüre.“ Es gibt bereits jetzt Äußerungen des Einzelhandels zum Weihnachtsgeschäft, man sei unzufrieden. Es würde zwar viel Dekoration, aber wenig Sonstiges gekauft. Wieso haben

die Menschen dieses Gefühl? Ist es nur ein Gefühl? Ist es objektiv? Und was tun?

Prof. Dr. Manfred Weber: Es ist sicherlich so, dass der private Verbraucher – und das ist ja das, was man als Indikator heranziehen kann – in der Konjunktur relativ spät reagiert, das gilt insbesondere in diesem Zyklus. Wir haben verschiedene Wachstumskräfte, die erst wirken mussten. So kommt uns eine boomende Weltwirtschaft mit einem Wachstum in der Größenordnung von viereinhalb Prozent seit einigen Jahren sehr zugute.

Herr Beck hat darauf hingewiesen, dass wir wohl auch in diesem Jahr Exportweltmeister bleiben würden. Für einen Ökonomen, Herr Ministerpräsident, wird daraus ein umgekehrtes Argument. Es ist recht jämmerlich für den Exportweltmeister, wenn er bei einer boomenden Weltwirtschaft von fast fünf Prozent nicht mehr als zwei oder zweieinhalb Prozent Wachstum generieren kann. Das reicht eben nicht aus und zeigt, dass wir nach wie vor großen Handlungsbedarf haben. Ich habe in meiner Eingangsrede schon auf die, wie ich finde, alles in allem sehr vernünftige, moderate Lohnpolitik der Gewerkschaften hingewiesen. Das hat dazu geführt, dass die Lohnstückkosten im internationalen Vergleich bei uns teilweise – relativ gesehen – zurückgegangen sind. Das hat die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, auch mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze gebracht.

Es ist jämmerlich für den Exportweltmeister, wenn er bei boomender Weltwirtschaft nur zwei Prozent Wachstum generieren kann.

Wachstumsfördernd waren außerdem die Strukturreformen der Unternehmen selbst. Herr Pitkamin ließ ja anklingen, wie man sich auf veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen als Unternehmer einstellen

kann, um im international schärfer gewordenen Wettbewerb im Zeitalter der Globalisierung bestehen zu können.

Schließlich sind die wirtschaftspolitischen Reformen zu nennen, die unter Rot-Grün eingesetzt haben und jetzt ein Stück weit fortgesetzt worden sind – für mich noch nicht ausreichend. Daran müssen wir weiterarbeiten, und deshalb haben wir in die Überschrift der Veranstaltung auch die Begriffe „Wachstum“ und „Beschäftigung“ hineingeschrieben. Und ohne die Mindestlohndiskussion verlängern zu wollen – ich glaube, das ist

Der schlimmste Fehler, den man machen kann, ist, marktwirtschaftliche Gesetze außer Kraft zu setzen.

wirklich ein Thema, bei dem wir nicht ganz zueinanderkommen: Natürlich wäre es schön, wenn jeder ein auskömmliches Einkommen mit seiner Hände Arbeit und auch mit seiner Kopfarbeit erzielen könnte. Aber wir müs-

sen ebenso darauf achten, in welchem Umfeld wir uns marktwirtschaftlich bewegen. Und der schlimmste Fehler, den man machen kann, ist, marktwirtschaftliche Gesetze außer Kraft zu setzen. Und das ist eben nicht nur das Thema Mindestlohn, das ist für mich auch das Thema Abschottung. Begonnen hat es mit einem Entsendegesetz, das wir teilweise jetzt weiterführen, wenn wir über Staatsfonds in Deutschland reden, die, so die Forderung mancher, am besten draußen bleiben sollten.

Und die Lohnkonkurrenz, die haben Sie zum Beispiel dann, wenn deutsche Verbraucher vorzugsweise billige Textilien kaufen, die im Ausland zu Löhnen hergestellt worden sind, die bei weitem nicht ausreichen, um nur einen halbwegs erträglichen Lebensstandard zu sichern. Wir können uns von dieser Konkurrenz nicht abkoppeln. Und deshalb bleibe ich bei meinem Plädoyer: Die Große Koalition – und wer immer nach 2009 die Regierung bildet – würde gut daran tun, den Reformkurs entschlossen

*Die Bezuschussung von Menschen, die nicht so leistungsfähig sind, hält sie in Arbeit und sorgt in Summe für einen Lohn, der unseren sozialen Vorstellungen entspricht.
(Prof. Dr. Hans-Werner Sinn)*



fortzusetzen. Wir reden schon wieder zu viel über Geldausgeben, über Verteilen. Wir sollten uns mehr auf das „Kuchenbacken“ konzentrieren, dann haben alle mehr davon.

Kurt Beck: Was meinen Sie denn konkret? Wem soll denn noch etwas weggenommen werden? Dieser Reformbegriff indiziert für mich, im Unterschied zu dem, was ich vorhin gesagt habe: Reform ist nur, was den Menschen etwas wegnimmt. Wenn man so etwas sagt, bekommt man immer Beifall. Was wollen wir denn noch kürzen? Die Rente noch

*Die Leute sehen Reformen
inzwischen eher als Horrorvision,
nicht als Fortschritt.*

weiter kürzen? Die geht in den nächsten 20 Jahren von 65 auf 46 Prozent zurück. Gesundheitsleistungen noch weiter kürzen? Ich will ja nur wissen, was Sie meinen.

Dann wissen wir, woran wir sind. So wird abstrakt über Reformen geredet. Die Leute sehen inzwischen den Begriff eher als Horrorvision, nicht als etwas, was nach vorne führt. Wir müssen das wissen, dann können wir uns damit auseinandersetzen, was geht und was nicht.

Prof. Dr. Manfred Weber: Das ist ja sehr berechtigt, Herr Beck, da stimme ich Ihnen zu. Ich halte es für ganz schlimm, dass das Wort „Reform“ im allgemeinen Sprachempfinden zu etwas Negativem geworden ist. Es hat allerdings vielleicht auch etwas mit der Politik zu tun, die zu oft von Reformen gesprochen hat. Ich habe im Laufe der Jahre erlebt, dass unser Arbeitsmarktproblem von der Politik mehrfach gelöst worden ist – oder wäre, wenn Versprechungen eingehalten worden wären. Ich erinnere an ein Konzept „Greencard“ und alles Mögliche andere. Wie viele Arbeitsplätze sollte das jeweils bringen! Wenn Sie sich die Zahlen hinterher anschauen, müssen Sie die Lupe zu Hilfe nehmen, um die Zuwächse zu erkennen. So viel zu dem Stichwort „Reform“ und zu denen,

die vielleicht ein bisschen dazu beigetragen haben, dass dieses Wort nicht mehr so gut ankommt bei den Menschen.

Aber konkret: Es war ein Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit mit SPD-Parteibuch, der davon gesprochen hat, dass wir im internationalen Vergleich das meiste Geld für den Arbeitsmarkt ausgeben und die schlechtesten Ergebnisse haben. Wir haben öffentliche Gesamtausgaben von über 1.000 Mrd €. Und wenn mir ein Politiker erzählen will, dass die gesamte öffentliche Verwaltung effizient aufgestellt ist, dann sollten wir uns das einmal vornehmen.

Es ist schlimm, dass das Wort „Reform“ im allgemeinen Sprachempfinden zu etwas Negativem geworden ist.

Kurt Beck: Das war mir klar. Sie sind ja im Bankenbereich, Sie wissen, wie katastrophal Fehlentwicklungen sein können. Das kann uns allen passieren.

Prof. Dr. Manfred Weber: Insbesondere im öffentlichen Bereich. Das bringt mich zu der Frage, wie stark der Staat in der Wirtschaft mitmischte und ob das unser System tatsächlich stärkt? Deshalb bitte nicht solche Unterstellungen. Ich habe nicht davon geredet, dass wir den Leuten noch etwas wegnehmen wollen. Ich rede wie Herr Pitkamin von verbesserten Standortbedingungen. Sie haben die Unternehmenssteuerreform erwähnt. Ich gebe Ihnen Recht – das ist ein Fortschritt. Diese Reform bringt uns allerdings im internationalen Vergleich gerade einmal ins Mittelfeld. Wollen wir nicht alle zusammen ein bisschen ehrgeiziger sein? Wollen wir nicht wieder in die Spitzengruppe?

Wollen wir nicht alle zusammen ein bisschen ehrgeiziger sein? Wollen wir nicht wieder in die Spitzengruppe?

Kurt Beck: Darf ich Sie hierzu wissen lassen: Bildung, Polizei, innere Sicherheit, Infrastruktur, das ist meine Realität. Wo will ich da kürzen?

Prof. Dr. Manfred Weber: Jetzt nenne ich Ihnen das letzte Beispiel. Es gab ein Projekt, das überschrieben war mit „Koch-Steinbrück-Liste“ – Vorschläge zur Ausgabenkürzung, darunter eine ganze Menge Subventionen. Wissen Sie, wo die Koch-Steinbrück-Liste ist? In welchem Aktenschrank verstaubt sie, vermodert sie langsam? Sie ist nur zum kleineren Teil abgearbeitet. Sie spielt politisch keine Rolle mehr. Deshalb bitte nicht das platte Argument: „Ihr wollt den Leuten nur noch mehr wegnehmen.“ Warum haben wir in Deutschland nicht längst ein Gesetz, um Subventionen an Unternehmen tatsächlich degressiv zu gestalten oder zu einem bestimmten Zeitpunkt auslaufen zu lassen?

Kurt Beck: Wollen Sie einen Tag lang mit mir den Sessel tauschen und meine alltäglichen Gespräche mit Unternehmern führen? Die sagen mir: „Ich komme nur zu dir, wenn du mir Entsprechendes gibst“, bis hin zu Weltunternehmen, die mir sagen: „Ich baue nur hier, wenn du mir entsprechende Hilfen gibst.“ Wobei man an den Rand dessen gehen muss, was die EU uns erlaubt.

Verstehen Sie, dieses Plädoyer gegen Subventionen, das höre ich sehr wohl. Nur hat es mit meiner Wirklichkeit gar nichts zu tun. Es gibt aus dem Unternehmensbereich den Druck, bis an die Grenzen des Erträg-

Es gibt aus dem Unternehmensbereich den Druck, bis an die Grenzen des Erträglichen zu subventionieren.

lichen zu subventionieren. Ich musste Opel, einem Weltkonzern, es liegt eine Reihe Jahre zurück, 40 Mio DM geben, damit das Unternehmen nicht mit der nächsten Motorengeneration samt den Arbeitsplätzen und wahrscheinlich 50 Mittelständlern, die an diesem Opel-Standort hängen, aus Kaiserslautern weging. Das ist die Wirklichkeit. Deshalb: „Subventionen weg!“ zu sagen – das ist ideal, da stimme ich Ihnen völlig zu, nur, mein

Alltag ist exakt gegenteilig. Für alles, was investiert werden soll, kommen die Unternehmer und sagen: „Ich will etwas haben.“ Ich sage gar nicht, dass das unschicklich ist, weil es ja möglich ist, und etwas Ungesetzliches machen wir nicht. Aber es ist die Realität. Tun wir doch hier nicht so, als wären wir jetzt im Gottesdienst und dürften uns wünschen, wie es im Himmel aussehen soll.

Zukunftsinvestition Bildung

Christoph Minhoff: Jetzt frage ich den Unternehmer, welche Reformen er sich noch wünscht.

Ulrich Pitkamin: Also, ich finde es ganz gut, wenn wir mal wieder zum Thema zurückgehen, das wir eigentlich haben, nämlich: Wie schaffen wir hier ein stabiles Wachstum und damit mehr Beschäftigung? Denn darum geht es ja heute auch, und wir sind sicherlich in den vergangenen Jahrzehnten durch viele Wellen durchgegangen. Und gerade auch in Rheinland-Pfalz, Herr Beck: Wir haben hier in Pirmasens, glaube ich, immer noch 20 Prozent Arbeitslosigkeit, weil die Lederindustrie keine Chance mehr hatte. Ich weiß nicht, welche Löhne wir da gezahlt haben.

Heute kommen, glaube ich, Schuhe zu 90 Prozent aus dem Ausland, und wo meine Krawatte herkommt, weiß ich auch nicht. Insofern sind wir an dieser Stelle natürlich in einem globalen Wettbewerb, und was Sie über Investitionen sagen, ist auch wahr. Wir haben vor einiger Zeit, vor einigen Jahren, eine große Investition hier in Deutschland getätigt. In Singapur hätte man uns einen roten Teppich ausgerollt, zehn Jahre

Steuerfreiheit. Aber wenn man das einmal scharf nachrechnet: Nur ein halbes Jahr Verspätung beim Produktionsbeginn, und der Steuervorteil ist dahin.

Ich glaube, wir verkaufen manchmal unser Land auch etwas zu schlecht. Wir haben uns deutlich positiver entwickelt in Deutschland, und wir haben mittlerweile bessere Rahmenbedingungen. Wir sind hier in

*Ich glaube, wir verkaufen
manchmal unser Land auch
etwas zu schlecht.*

Deutschland als Unternehmen auch in mehreren Bundesländern und versuchen jetzt gerade, noch einen neuen Standort im Norden aufzumachen. Was ich auch erlebe, ist eine erhebliche Professionalisierung bei den Behörden. Um es kurz zu sagen: Es ist zwar nicht leichter geworden, aber „challenging enough“, sodass wir uns hier eigentlich überhaupt vor keinem anderen Land zu verstecken haben.

Vorhin ist einer der wichtigen Punkte angeklungen, nämlich Bildung. Es ist für mich einfach der Hauptpunkt. Man kann sogar sagen, es gibt drei Hauptpunkte: Bildung, Bildung, Bildung. Und ich glaube, man kann lange darüber philosophieren, wann wir in der Schule teilen und wie, ob viele Wege nach Rom führen oder nur einer. Die Frage ist, wie viele Experimente wir angehen, Deutschland neigt ja ein wenig zu Experimenten, auch von Bundesland zu Bundesland. Ziel muss es einfach sein, dass wir hier jedem jungen Menschen eine Chance geben, die bestmögliche Bildung zu haben. Denn egal mit welchen Löhnen – mit den Billiglöhnen in ausländischen Industrien werden wir nicht konkurrieren können. Und es wird immer einen problematischen Prozentsatz von Menschen geben, die nicht die notwendige Qualifikation haben. Daher müssen wir

uns erheblich anstrengen; und dass wir hier in die Zukunft investieren müssen, eben auch für eine Hightech-Industrie, ist unbenommen.

Zur Frage des Wettbewerbs: Es gibt Firmen, die nur in Deutschland tätig sind. Denen machen plötzlich Billiganbieter mit anderen Löhnen Konkurrenz. Uns macht der Wettbewerb aus dem Ausland Konkurrenz, der uns ebenfalls mit billigeren Löhnen – auch in Europa haben wir Lohnunterschiede – entgegentritt. Das ist nun mal so in dieser Welt. Und Exportweltmeister heißt ja, dass wir nur einen Teil hier in Deutschland verkaufen und einen Großteil unseres Umsatzes eben im Ausland machen. Das heißt: Andere Länder nehmen unsere Produkte auf. Und insofern muss man natürlich auch die Produkte der anderen Länder aufnehmen, und das heißt an der Stelle auch: Konkurrenz.

Ziel muss es sein, jedem jungen Menschen die bestmögliche Bildung zu vermitteln.

Christoph Minhoff: Wie sieht es mit den Fachkräften aus?

Ulrich Pitkamin: Fachkräftemangel gibt es wahrscheinlich in einzelnen Bereichen. An einem unserer Standorte, Biberach an der Riss, das hat mir gerade der Oberbürgermeister erzählt, gibt es nur 2,4 Prozent Arbeitslosigkeit – was toll ist. Da herrscht zurzeit akuter Fachkräftemangel. Bei manchen der Firmen dort haben wir in der Vergangenheit zu wenig getan. Man glaubt, wir haben viele Azubis ausgebildet, aber dadurch, dass wir so ein starkes Wachstum haben, sehen wir einen bestimmten Mangel. Wir wollen im nächsten Jahr als Boehringer Ingelheim in Forschung, Entwicklung und Medizin 180 Leute einstellen in Deutschland. Aber wir haben gerade gestern diskutiert, dass wir uns wahrscheinlich schwertun werden, hier die richtige Qualifikation mit entsprechender Qualität und Quantität zu finden. Es sind gemeinsam große

Anstrengungen erforderlich, um uns fit zu machen. Denn nur dadurch können wir langfristig Beschäftigung sichern.

Christoph Minhoff: Herr Professor Sinn, sehen Sie als Wissenschaftler auch die Notwendigkeit, für ein solches Programm, wie Sie es vorhin grob skizziert haben, politische Mehrheiten zu organisieren?

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Ja, natürlich, und das ist auch die Schwierigkeit. Insofern habe ich für die Politiker volles Verständnis. Ich

*Wir werden uns wahrscheinlich
schwertun, die richtige Qualifi-
kation in entsprechender
Quantität zu finden.*

sehe, dass es hier ein Erkenntnisproblem gibt in unserem Land und dass es schwer ist, die fachwissenschaftlichen Erkenntnisse zu vermitteln. Bevor man das versucht, redet man den Leuten lieber nach dem Munde.

Das tun Politiker nun mal so. Jede Woche wird nachgeschaut: Was sagt die Demoskopie? Was habe ich gesagt? Wie kam ich an?

Christoph Minhoff: Das ist ja auch eine Variante, um zu versuchen, die Interessen der Menschen zu vertreten.

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn: Wenn man von einem Wirtschaftsforschungsinstitut kommt, hat man eine andere Aufgabe. Man will nicht gewählt werden, sondern man sagt, was die Fakten sind und was die Fachwissenschaft zur Verfügung stellt, und da gibt es eben bestimmte Ergebnisse.

Ich wollte aber noch zwei Sachen sagen. Erstens: Einfach mal zur Richtigstellung – Exportweltmeister sind wir nicht, wir sind es noch nie gewesen. Wir sind immer nur Vizeweltmeister gewesen. Nur wenn man SAP und ähnliche Produkte des Dienstleistungsbereichs abzieht von den Exporten und nur noch die so genannten Waren betrachtet, die man mit den Händen anfassen kann, dann sind wir Nummer eins. Was aber auch stark ist.

Zweitens, damit ich heute Herrn Beck auch einmal beipflichten kann: Zum einen hat die SPD ja auch eine verantwortliche Politik gemacht bei der Schuldenkonsolidierung. Ich finde, mehr als das, was erreicht wurde, kann man sich realistischerweise nicht wünschen. Wir haben heute das erste Jahr seit 1969 ohne neue Schulden. Das ist bemerkenswert.

Wir haben das erste Jahr seit 1969 ohne neue Schulden. Das ist bemerkenswert.

Und zum anderen: Was Sie zur Bildung sagen, finde ich auch absolut richtig. Die Bildungsreserven müssen natürlich aktiviert werden. Das dreigliedrige Schulsystem, das wir in Deutschland haben, ist nicht zukunftsfähig. Davon bin ich auch total überzeugt. Man kann die Kinder nicht im Alter von zehn Jahren nach verschiedenen Wegen sortieren und damit in vielen Fällen den ganzen Lebensweg bis zum Ende definieren. Wir hatten die Diskussion um die Gesamtschule schon einmal. Die war ideologisch befrachtet, weil es damals antiautoritär zugeht. Und leider ist der Zug dann an Deutschland vorbeigefahren.

Das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland ist nicht zukunftsfähig.

Wir müssen diese Debatte erneut aufrollen, um die Bildungsreserven auch bei den Arbeiterkindern und den Migrantenkindern, sagen wir es ganz offen, zu aktivieren. Dass wir bei Pisa so schlecht waren, liegt daran, dass wir es nicht geschafft haben, die Migrantenkinder zu integrieren. Das sagt auch die OECD. Und es sind sehr viele. Ein Drittel der in Deutschland geborenen Kinder sind heutzutage schon Ausländerkinder. Und wir können nicht zulassen, dass sie noch nicht mal lesen und schreiben lernen in der Schule. Da ist doch irgendetwas völlig falsch. Da bedarf es also wirklich der Anstrengung aller Parteien und auch der Überwindung alter ideologischer Positionen, um dieses Problem in den Griff zu

bekommen. Nur, was immer wir tun am Bildungsweg, es bringt uns erst nach einer Generation besser ausgebildete Arbeitskräfte. Und es löst

Was immer wir in der Bildung tun, es bringt uns erst nach einer Generation besser ausgebildete Arbeitskräfte. auch erst nach einer Generation das Wettbewerbsproblem der einfachen deutschen Arbeiter, die auf dem Wege des Outsourcing ersetzt werden: durch Polen, Chinesen und Slowaken und all die anderen. Es ist also ein Problem für eine ganze Generation, das da gelöst werden muss.

Mit Mindestlöhnen kann man es nicht lösen, das ist für mich Wunschdenken. Mich haben Leute gefragt: „Wollen Sie etwa, dass wir mit den Chinesen konkurrieren?“ Da kann ich nur sagen: „Wieso? Ich will das nicht, die Chinesen wollen es.“ Und sie tun es auch. Sie kümmern sich überhaupt nicht um unsere Befindlichkeiten. Sie sind einfach da. Und wenn es nicht die Chinesen sind, sind es die Osteuropäer, die heute für ein Sechstel der westdeutschen Löhne arbeiten. Da haben wir ein Problem. Nicht die deutschen Unternehmen haben ein Wettbewerbsproblem –

Ein großer Teil der deutschen Arbeitnehmer ist nicht mehr wettbewerbsfähig. sie sind ja gerade deswegen wettbewerbsfähig, weil sie die deutschen Arbeiter durch Slowaken ersetzen. Wer hier nicht mehr wettbewerbsfähig ist, ist ein großer Teil der deutschen Arbeitnehmer. Es ist ein Problem, das mit der Globalisierung, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs gekommen ist. Und ich sehe überhaupt nicht, dass dieses Land Anstrengungen unternimmt, dieses Problem grundsätzlich anzugehen.

Zum Grundsätzlichen gehört auch ein anderer Sozialstaat. Ein Sozialstaat, der die Menschen nicht mehr fürs Wegbleiben, sondern fürs Mitmachen bezahlt, der die Lohnspreizungen, die die Globalisierung erzwingt, akzeptiert, und da, wo es nicht reicht, etwas dazugibt,

sodass die Summe aus beiden Einkommenskomponenten – Stichwort Mindesteinkommenssicherung – unser soziales Anspruchsniveau erfüllt. Ich kann nicht mit dem Kopf durch die Wand. Ich kann auch kein Gebäude konstruieren, indem ich die Gesetze der Statik missachte. Ich muss immer mit den Regeln und nicht gegen die Regeln der Ökonomie handeln.

Wir brauchen einen Sozialstaat, der die Menschen fürs Mitmachen bezahlt.

Dialog von Politik und Wirtschaft

Christoph Minhoff: Dann sind wir schon bei der Wunschliste, die ich gern zum Schluss noch abarbeiten würde. Was muss geschehen, damit wir unser Motto des heutigen Abends richtig auf den Weg bringen? Was wäre jetzt sinnvoll?

Prof. Dr. Manfred Weber: Ich würde mir, einen Punkt von Herrn Pitkamin aufgreifend, wünschen, dass wir in Politik und Wirtschaft wieder zu einem stärkeren Miteinander finden. Vielleicht ist das auch eine Botschaft, die der Weihnachtszeit etwas angemessen ist. Ich stelle mit einer gewissen Sorge fest, dass die Neigung zunimmt, mit Fingern immer wieder auf andere zu zeigen. Und als Ergebnis meiner vielen Reisen im Ausland kann ich nur sagen, die „Heuschreckendebatte“ und das, was wir jetzt im Moment unter dem Schlagwort „Managerschelte“ in der Presse lesen können, tragen nicht dazu bei, dass wir das richtige Bild abgeben und wirklich zu einer gemeinsamen Lösung von Problemen kommen. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Das soll nicht heißen, dass berechnete Punkte nicht offen kritisiert werden können. Dieses Recht

möchte ich mir in Richtung Politik auch in Zukunft herausnehmen. Ich wünsche es mir umgekehrt von der Politik auch in Richtung Wirtschaft. Aber das Grundverständnis, dass wir gemeinsame Anliegen haben, das möchte ich eigentlich wieder stärker betont sehen.

Ulrich Pitkamin: Was ich mir wünsche, habe ich vorhin schon gesagt. Der eine Punkt ist mehr Bildung, wo wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen und auch konsequent auf dieses Ziel hinarbeiten

*Politik und Wirtschaft müssen
gemeinsam definieren, worauf
der Fokus in Deutschland zu
richten ist.*

sollten, gerade auch in dem Bereich, den Sie angesprochen haben: Integration der ausländischen Mitbürger. Der zweite Punkt ist, dass wir eine gemeinsame Aufgabenstellung zwischen Politik und Wirtschaft definieren,

damit wir wissen, worauf wir uns in den nächsten Jahrzehnten in Deutschland fokussieren sollten, auf welche Wissenschaftszweige, auf welche Industrien.

Kurt Beck: Es wäre so viel zu sagen, dass es den Rahmen sprengen würde. Ich hoffe darauf, dass wir miteinander die Vernunft haben, ökonomische Notwendigkeiten in der Tat nicht zu übersehen, dabei aber nie vergessen, dass Menschen in dieser Ökonomie letztendlich der Orientierungspunkt bleiben müssen. Dass wir bei der Gestaltung unserer Gesellschaft beachten, dass die Klammer, die sie zusammenhält, stark genug bleiben muss. Wir dürfen keine innere Zerrissenheit und ein Gegeneinander in der Gesellschaft zulassen, damit Problemlösungen, auch solche, die für die eine oder andere Gruppe schwierig und belastend sind, nicht unmöglich werden. Ich fürchte, die Klammer ist strapaziert, und deshalb muss sie aus meiner Sicht wieder stabilisiert werden.

Schlusswort

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mir kommt als Mitveranstalter die Ehre eines Schlusswortes zu, und ich möchte es nutzen, um einige Gedanken mit Ihnen zu teilen, welche Rolle den Universitäten zukommt in puncto Wachstum und mehr Beschäftigung. Ich denke, wir haben mindestens vier vordringliche Aufgaben, die uns an den Universitäten immer wieder in einen Spagat bringen.

Die erste und vordringlichste Aufgabe ist bereits genannt worden. Es ist die qualifizierte Ausbildung einer wachsenden Zahl junger Menschen. Dazu gehört, den Spagat nicht zu scheuen zwischen einer akademischen Ausbildung einerseits, die diesen Namen auch verdient und die einer Universität gut zu Gesichte steht, und einer möglichst praxisnahen Berufsausbildung andererseits – wie sie in den Industriebetrieben gebraucht wird.

Dass dies angesichts der zur Verfügung gestellten Ressourcen eine Herausforderung darstellt, ist oft betont worden. Der Hochschulpakt, den Bund und Länder beschlossen haben, ist hier ein Schritt in die richtige Richtung. Und, Herr Beck, das sage ich gern, die Art und Weise, wie der Hochschulpakt in Rheinland-Pfalz umgesetzt wird, ist ein Mut machendes und gutes Signal für die Zukunft. Trotzdem müssen wir gemeinsam das Ziel verfolgen, die Ausgaben für Bildung und Forschung an die internationalen Standards anzugleichen. Sie haben das vorhin angesprochen. Nur



*Prof. Dr. Georg Krausch,
Präsident der Johannes Gutenberg-
Universität Mainz*

*Wir dürfen den Spagat zwischen
akademischer Ausbildung und
praxisnaher Berufsausbildung
nicht scheuen.*

um eine Zahl in den Raum zu stellen: In Deutschland ist uns ein Studienplatz im Jahr etwa 8.000 € wert. Die amerikanischen Spitzenuniversitäten, mit denen wir immer verglichen werden, haben die zehnfache Summe des Geldes zur Verfügung. Die durch die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder geförderten Hochschulen oder – Sie können es austauschen – Universitäten, die Studiengebühren einnehmen, bekommen etwa zehn Prozent ihres Etats hinzu. Mitnichten also das Zehnfache. Das heißt, wir stehen hier ganz am Anfang einer Entwicklung.

Deutschland ist ein Studienplatz im Jahr 8.000 € wert. Amerikanische Spitzenuniversitäten verfügen über das Zehnfache.

Neben der Lehre, vielleicht gar als Voraussetzung für die Lehre an der Universität, ist die Forschung unsere zweite große Aufgabe. Universität ist, das möchte ich auch in diesem Kreis, in diesem Kontext betonen, immer zuerst ein Ort der Grundlagenforschung und der zweckfreien Beschäftigung mit dem, was die Welt im Innersten zusammenhält. Oder

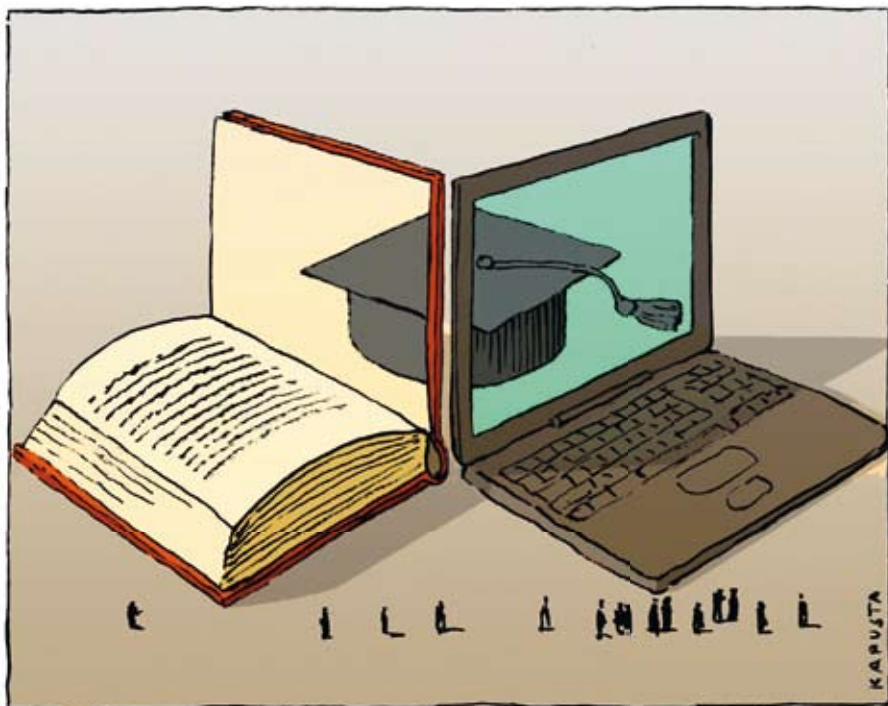
Unsere Universitäten müssen sich als international konkurrenzfähige Forschungsuniversitäten verstehen.

wenn wir es anwendungsnäher formulieren wollen: Die Beschäftigung mit dem, was unsere Industriepartner vielleicht in zehn oder 20 Jahren in Produkte umsetzen können, das ist eine der Kernaufgaben der Universität.

Wo, wenn nicht hier, soll diese Art von Forschung gemacht werden? Und in diesem Bereich muss sich die Universität als eine international agierende, auch international konkurrierende und damit – allen Unkenrufen zum Trotz – auch als eine international konkurrenzfähige Forschungsuniversität verstehen.

Wenn das gesagt ist, komme ich zur dritten Aufgabe. Sie steht in keinem Widerspruch zur zweiten, ist bestenfalls wiederum ein Spagat. Die Universitäten sind sich ihres gesellschaftlichen Auftrags bewusst.

*Berufsbegleitende Fortbildungsveranstaltungen
sind wichtig für die Konkurrenzfähigkeit
unserer Unternehmen.
(Prof. Dr. Georg Krausch)*



Er lautet: ihre exzellente Infrastruktur, ihre exzellente Expertise Unternehmen zur Verfügung zu stellen – gerade Unternehmen des mittelständischen Bereichs, die sich keine teuren Forschungsabteilungen leisten können. Und ich möchte aus der eigenen Erfahrung mit vielen Industriekooperationen aus meinem früheren Leben hinzufügen: Die Probleme des industriellen Alltags sind mitnichten intellektuell weniger anspruchsvoll als das oftmals idealisierte Objekt der Grundlagenforschung.

Schließlich, auch das ist angesprochen worden: In einer Zeit, in der das Wissen zunehmend schnell veraltet, kommt dem lebenslangen Lernen eine wachsende Bedeutung zu. So ist auch die wissenschaftliche Weiterbildung in den vergangenen Jahren zu einer wichtigen Aufgabe der Universitäten geworden, der wir uns annehmen. Berufsbegleitende Masterstudiengänge und andere berufsbegleitende Fortbildungsveranstaltungen sind ein wichtiger Baustein für die individuelle Weiterentwick-

*In einer Zeit, in der das Wissen
zunehmend schnell veraltet,
kommt dem lebenslangen Lernen
eine wachsende Bedeutung zu.*

lung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und damit für die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen. Die Universitäten im Allgemeinen und die Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Besonderen stellen

sich dieser Aufgabe, und ich denke, wir sind gut darauf vorbereitet. Was wir brauchen, ist eine auskömmliche und irgendwann einmal international konkurrenzfähige Finanzierung und ein Maximum an universitärer Autonomie. Was Sie, Herr Ministerpräsident, für den Beginn des nächsten Jahres betreffs der Finanzen und der Arbeit an einem neuen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetz in Aussicht stellten, macht uns Mut und stimmt uns optimistisch.

Es bleibt mir, meinen beiden Partnern zu danken: als Veranstalter dem Bundesverband deutscher Banken, dem Bankenverband Rheinland-Pfalz und, in beider Namen, Herrn Ministerpräsident Beck und allen anderen Diskussionsteilnehmern – für Ihre Bereitschaft, hier heute mit uns und vor Ihnen zu diskutieren.

Kurzbiographien der Redner

Kurt Beck, geboren 1949 in Bad Bergzabern an der Südlichen Weinstraße, ist seit 1994 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, seit 2003 stellvertretender Bundesvorsitzender und seit Mai 2006 Bundesvorsitzender der SPD. Nach dem Abschluss der Volksschule und der Ausbildung zum Elektromechaniker – später folgte die mittlere Reife an der Abend-schule – begann er 1969 als Funkelektroniker zu arbeiten und trat in die Gewerkschaft ÖTV ein. Seit 1972 ist Beck Mitglied der SPD, für die er 1979 in den rheinland-pfälzischen Landtag einzog. Von 1985 bis 1991 hatte er das Amt des parlamentarischen Geschäftsführers inne. 1993 wurde er zum Landesvorsitzenden der Partei gewählt.

Georg Krausch, geboren 1961 in Offenbach, ist seit April 2007 Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Nach einem Physik-Studium in Konstanz, der Promotion und Habilitation lehrte er von 1996 bis 1998 als Professor für Physikalische Chemie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1998 übernahm er den gleichnamigen Lehrstuhl an der Universität Bayreuth, wo ihm 2003 das Amt des Vizepräsidenten für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs übertragen wurde. Forschungsaufenthalte führten ihn in die USA und nach Israel.

Christoph Minhoff, geboren 1959 in Duisburg, ist seit 2005 Programm-Geschäftsführer des Ereignis- und Dokumentationskanals Phoenix in Bonn. Auf sein Abitur und ein Studium der Politikwissenschaften sowie Geschichte in München folgte zunächst ein Volontariat bei der Wochenzeitung „Bayernkurier“, das 1984 in eine Anstellung als Redakteur mündete. Ab 1989 arbeitete Minhoff beim Bayerischen Fernsehen als Redakteur von „Report München“ sowie als Reporter für Wahl- und Sondersendungen und ab 1994 als stellvertretender Redaktionsleiter und Moderator des innenpolitischen Magazins „Zeitspiegel“. Von 1995 bis 2005 leitete er das ZDF-Landesstudio Bayern.

Ulrich Pitkamin, geboren 1951 in Salzgitter, ist seit dem Jahr 2000 Vorsitzender der Geschäftsführung der Boehringer Ingelheim Deutschland GmbH. Nach dem Abitur studierte er in Karlsruhe Wirtschaftsingenieurwesen und begann seine berufliche Laufbahn bei ABB in Mannheim. Weitere Stationen waren die BASF in Ludwigshafen und die Gebrüder Happich GmbH in Wuppertal. 1982 kam Pitkamin zu Boehringer Ingelheim, zunächst in die Unternehmensentwicklung, später in Führungspositionen im Einkauf sowie in Marketing und Vertrieb. Neben der Wachstumsbranche Gesundheit engagiert er sich für Themen wie Ausbildung und Studium sowie eine aktive Bürgergesellschaft.

Hans-Werner Sinn, geboren 1948 in Brake in Westfalen, ist seit 1991 Direktor des Center for Economic Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München und seit 1999 Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Auf sein Diplom in Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster folgten Promotion und Habilitation in Mannheim. Seit 1983 hat er den Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München inne. 1978 und 1984 war er Professor am Department of Economics der University of Western Ontario in Kanada. Weitere Forschungsaufenthalte führten ihn unter anderem nach Harvard, Princeton und an die London School of Economics. Sinn ist Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen Fachvereinigungen und Ausschüssen.

Manfred Weber, geboren 1950 im bayerischen Altenkofen, ist seit 1992 Hauptgeschäftsführer und seit 1997 Geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken in Berlin. Nach seinem Studium der Nationalökonomie und der Promotion an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main arbeitete er von 1980 bis 1985 in der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Deutschen Bundesbank. Von 1986 bis 1991 war er als Leiter des Büros des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank und anschließend bis 1992 bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel tätig. Seit Januar 2004 hat Weber eine Honorarprofessur an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam inne.

Teilnehmer des Symposiums

Podium

Beck, Kurt	Ministerpräsident, MdL, Landesregierung Rheinland-Pfalz, Staatskanzlei, Mainz
Krausch, Prof. Dr. Georg	Präsident, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Minhoff, Christoph	Programm-Geschäftsführer, Phoenix, Bonn
Pitkamin, Ulrich	Vorsitzender der Geschäftsführung, Boehringer Ingelheim Deutschland GmbH, Ingelheim
Sinn, Prof. Dr. Hans-Werner	Präsident, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München
Weber, Prof. Dr. Manfred	Geschäftsführender Vorstand, Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Gäste

Adam, Dr. Klaus G.	Wirtschaftsprüfer, Landesbausparkasse, Mainz
Andresen-Kienz, Silke	Geschäftsführerin, Bankhaus Oswald Kruber, Mainz
Appeltrath, Heiner	Bereichsleiter, Valentin Flüssiggas GmbH, Mainz
Barella, Thomas	Vorstand, Interexa AG, Mainz
Baron-Fahl, Theresia	Geschäftsführerin, Vita Vital GmbH & Co. KG, Mainz

Teilnehmer des Symposiums

Becker, Annemarie	Geschäftsführende Gesellschafterin, Jakob Becker GmbH & Co. KG, Mahlingen
Becker, Klaus	Vizepräsident, Fachhochschule Bingen, Bingen am Rhein
Bieler, Hans-Ulrich	Ständiger Vertreter des Bevollmächtigten des Landes, Vertretung des Landes Rhein- land-Pfalz und der Europäischen Union, Berlin
Birkholz, Manfred	Geschäftsführer, Birkholz & Birkholz, Frankfurt am Main
Blum, Leo	Präsident, Bauern- und Winzerverband, Rheinland-Nassau, Koblenz
Bödige, Jürgen	Geschäftsführer, Grafisches Zentrum Mainz Bödige GmbH, Mainz
Böhm, Dieter	Geschäftsführer, Valentin Flüssiggas GmbH, Mainz
Brabänder, Bernd	Geschäftsführer, Bundesverband deutscher Banken, Berlin
Bürklin, Prof. Dr. Wilhelm	Geschäftsführer, Bundesverband deutscher Banken, Berlin
Danco, Fritz	Journalist i. R., SWR Mainz, Mainz
Dossmann, Dr. Martin	Geschäftsführer, Landesverband Bauindustrie, Rheinland-Pfalz, Mainz

Elsen, Edmund	Geschäftsführer, Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur, Mainz
Fahl, Dr. Arnulf	Medizinisch-wissenschaftlicher Direktor, Vita Vital GmbH & Co. KG, Mainz
Falter, Prof. Dr. Jürgen W.	Dekan, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Färcher-Haag, Kasi	Geschäftsführer, InOne Central Europe GmbH, Mainz
Fink, Monika	MdL, Landtag Rheinland-Pfalz, SPD-Landtagsfraktion, Mainz
Flug, Dirk	Vorstand, Otop Aktiengesellschaft, Mainz
Freimund-Holler, Dr. Bettina	Präsidentin, Verwaltungsgericht Mainz, Mainz
Gerhard, Dr. Heinz	Zweites Deutsches Fernsehen, Medienforschung, Mainz
Goebel, Dr. Christian	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, Mainz
Gütermann, Frank	Niederlassungsleiter, BHF-Bank AG Mainz
Haaß, Wolfgang	Referent, Bundesverband deutscher Banken, Berlin
Hagen, Arnold	Geschäftsführer, Mainzer Aufbaugesellschaft mbH, Mainz

Teilnehmer des Symposiums

Hammer, Klaus	City Manager, Mainz City Management Stadtmarketing, Mainz
Hannowsky, Dr. Dirk	Geschäftsführer, Arbeitgeberverband Energie Südwest, Mainz
Heidenreich, Ralf	Allgemeine Zeitung Mainz, Wirtschaftsredaktion, Mainz
Heimendahl, Dr. Leopold von	Mainz
Heinlein, Klaus	Sprecher der Geschäftsführung, Fuchs Lubritech GmbH, Weilerbach
Hendricks, Wolfgang	Referent, Landtag Rheinland-Pfalz, CDU-Landtagsfraktion, Mainz
Hoch, Clemens	MdL, Landtag Rheinland-Pfalz, SPD-Landtagsfraktion, Mainz
Hoffmann, Heinz	Geschäftsführer, Kreditgarantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks, Kaiserslautern
Holzhäuser, Peter	Managing Director, Global Servicing Solutions Germany GmbH, Mainz
Höning, Heinz	Vorsitzender des Vorstandes, Bankenverband Rheinland-Pfalz, Mainz
Hoppelshäuser, Olaf	Geschäftsführer, Samas Deutschland GmbH & Co. KG, Worms
Hradil, Prof. Dr. Stefan	Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Huber, Prof. Dr. Christoph	Direktor, Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität, III. Medizinische Klinik und Poliklinik, Mainz
Huth, Dr. Wolf-Dietger	Geschäftsführer, Proaqua GmbH & Co. KG, Mainz
Kablitz, Jürgen	Sendeleiter, Deutschlandfunk, Köln
Kalkhof-Rose, Sibylle	Walter und Sibylle Kalkhof-Rose Stiftung, Mainz
Karrié, Peter	Geschäftsführer, Karrié Bau GmbH & Co. KG, Mainz
Kayser, Dr. Friedrich	Mitglied des Hochschulrates, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Kestel, Willi	Präsident, Landgericht Mainz, Mainz
Kienert, Michael	Niederlassungsleiter, Manpower GmbH & Co. KG Personaldienstleistungen, Mainz
Kohl, Dr. Thorsten	Leiter Abteilung Finanzen, Jakob Becker GmbH & Co. KG, Mahlingen
Köhncke, Bernd	Mitglied der Geschäftsleitung, Deutsche Bank AG, Mainz
Konrath, Martin	Leiter Rechnungswesen, Entega Vertrieb GmbH & Co. KG, Mainz
Konstroffer, Frithjof	Geschäftsführer, Printhouse Darmstadt, Darmstadt

Teilnehmer des Symposiums

Kroll, Dr. Ekkehard	Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Kruber, Markus	Geschäftsführer, Bankhaus Oswald Kruber, Mainz
Kruip, Prof. Dr. Gerhard	Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Kunze, Alberto	Mitglied der Geschäftsleitung, Commerzbank AG, Mainz
Langguth, Prof. Dr. Peter	Dekan, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Laubinger, Prof. Dr. Hans-Werner	Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Laux, Claudia	Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft, Bündnis 90/Die Grünen, Bad Breisig
Liesem, Dr. Kerstin	Referentin, Bundesverband deutscher Banken, Berlin
Lubig, Dr. Joachim	Geschäftsführer, Coty Deutschland GmbH, Mainz
Lukas, Dr. Andreas	CO.IN. Medien Verlagsgesellschaft mbH, Wiesbaden
Mansard, Florian	Geschäftsführer, Mansard Werbemittel, Bad Soden
Meier, Prof. Dr. Herbert	Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Mertin, Herbert	MdL, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, Landtag Rheinland-Pfalz, Mainz

Merzbach, Wolfgang	Direktor, Dresdner Bank AG, Wiesbaden
Meyer, Prof. Dr. Karl-Friedrich	Präsident, Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz, Koblenz
Mülbert, Rena	InOne Central Europe GmbH, Mainz
Niebergall, Inge	Leiterin des Büros des Geschäftsführenden Vorstandes, Bundesverband deutscher Banken, Berlin
Radermacher, Peter	Mitglied der Geschäftsleitung, Commerzbank AG, Mainz
Ramsauer, Günther	MdL, Landtag Rheinland-Pfalz, Landesschatzmeister des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, Mainz
Rassfeld, Martin	Geschäftsführer, MR Consult GmbH, Harxheim
Rzany, Udo	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Ressortkoordination und Regierungsplanung, Mainz
Saterdag, Prof. Dr. Hermann	Regierungsbeauftragter für die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Rheinland-Pfalz, Mainz
Schatzl, Martin	Geschäftsführer, Galantos Genetics GmbH, Campus Universität Mainz, Mainz
Schmitt, Prof. Dr. Burghard	Süddeutsches Kunststoff-Zentrum, Worms
Schneider, Horst	Kreisgeschäftsführer, Bundesverband mittelständische Wirtschaft, Bodenheim

Teilnehmer des Symposiums

Schönig, Hannsgeorg	Stadt Mainz, CDU-Stadtratsfraktion, Mainz
Schoop, Michael	Filialleiter, Commerzbank AG, Kirn
Schröder, Dr. Hans-Jürgen	Akademischer Direktor, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Schulze, Christian	Vorstandsvorsitzender, Bankenverband Saarland, Saarbrücken
Schuppli, Berta	Wiesbaden
Schuppli, Dr. Wolfgang	Geschäftsführer, Helvetic GmbH, Wiesbaden
Schwarz, Monika	Geschäftsführerin, Bankenverband Rheinland-Pfalz, Mainz
Schweikert, Franz-Josef	Regierungsdirektor, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz, Mainz
Secker, Joachim	Vorsitzender des Vorstandes, GE Heller Bank, Mainz
Siebartz, Barbara	Galantos Genetics GmbH, Campus Universität Mainz, Mainz
Stephan, Osman	Regionaldirektor, Manpower GmbH & Co. KG Personaldienstleistungen, Mainz
Trager, Hans-Werner	Taxdata Steuerberatungs GmbH, Guldental
Türk, Joachim	Chefredakteur, Rhein-Zeitung, Koblenz

Wagner, Edgar	Landesbeauftragter für Datenschutz Rheinland-Pfalz, Mainz
Walcher, Prof. Dr. Thomas	Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Weißler, Peter	Mitglied der Geschäftsleitung, Agentur für Arbeit, Mainz
Wernet, Christine	MKT GmbH & Co. KG, Mainz
Wernet, Ingo	Geschäftsführer, MKT GmbH & Co. KG, Mainz
Wieandt, Dr. Axel	Global Head Corporate Investments, Deutsche Bank AG, Zentrale, Frankfurt am Main
Wiess, Dr. Bettina	Referentin, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
Windrich, Ralph	Vorstand, Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz
Zimmerer, Thomas	Geschäftsführer, MT Mechatronik GmbH, Mainz
Zink, Dr. Franz	Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz

In der Reihe „Deutsche Fragen“ bisher erschienen:



Was ist soziale Gerechtigkeit?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Universität Erfurt

August 1998

75 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert

Schutzgebühr: 4,- €



Wohin führt der globale Wettbewerb?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Universität Hohenheim

März 1999

Printausgabe leider vergriffen



Wohin jetzt, Europa?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

August 1999

76 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert

Schutzgebühr: 4,- €



Welche Zukunft hat der Mittelstand?

Symposium des
Bundesverbandes deutscher Banken
und der Universität Bremen
Mai 2000

*81 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert
Schutzgebühr: 4,- €*



Welche Bildung für morgen?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Technischen Universität Dresden
Oktober 2000

Printausgabe leider vergriffen



Was bringt die digitale Zukunft?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Universität Hannover
April 2001

*75 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert
Schutzgebühr: 4,- €*



Wie viel Eigenverantwortung brauchen wir?

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken und der Universität des Saarlandes
September 2001

*80 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert
Schutzgebühr: 4,- €*



Was muss Wirtschaftspolitik leisten?

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Bankenverband Hessen und der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
März 2002

*80 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert
Schutzgebühr: 4,- €*



Aufbau Ost: Was bringt die neuen Länder voran?

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Ostdeutschen Bankenverband und der Universität Potsdam
Oktober 2002

*70 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert
Schutzgebühr: 4,- €*



**Reformblockaden aufbrechen –
den Föderalismus neu gestalten**

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken mit dem Ostdeutschen
Bankenverband und der Universität Leipzig
September 2003

77 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert

Schutzgebühr: 4,- €



Bürokratie abbauen – aber wie?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken mit der Bankenvereinigung
Nordrhein-Westfalen und der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Juli 2004

78 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert

Schutzgebühr: 4,- €



**Wachstumsorientierte Steuerpolitik –
Illusion oder realistische Perspektive?**

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken mit dem Ostdeutschen
Bankenverband und der Universität Erfurt
Oktober 2004

72 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert

Schutzgebühr: 4,- €



Wie findet Europa zu neuer Dynamik?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und des
Bankenverbandes Hamburg
November 2005

*80 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert
Schutzgebühr: 4,- €*



Wie kommt der Staat aus der Schuldenfalle?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken mit dem
Bankenverband Baden-Württemberg
und der Universität Mannheim
Juli 2006

*84 Seiten, mit Illustrationen, kartoniert
Schutzgebühr: 4,- €*

Alle bisher erschienenen Dokumentationen sind im Internet unter www.deutsche-fragen.de im PDF-Format verfügbar und können dort auch (sofern nicht vergriffen) als Printausgabe bestellt werden.

Impressum

*Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken
Internet: www.bankenverband.de
www.deutsche-fragen.de*

*Redaktion: Wolfgang Haaf
Telefon: 0 30/16 63-1540
E-Mail: deutsche-fragen@bankenverband.de*

Gestaltung: Schmidt & Schumann, Dresden

Illustrationen: Janusz Kapusta

Lithografie

und Satz: CCP Kummer & Co. GmbH, Dresden